

Uwe Kotzel*

Zeittafel der deutsch-chinesischen Beziehungen

Die vorliegende Chronik erschien erstmals im „Kompendium der deutsch-chinesischen Beziehungen“ (Hamburg: Deutsches Übersee-Institut, 1996) und in überarbeiteter Form in „China aktuell“ (25:9/September 1996). Für die vorliegende Fassung wurde sie um die Ereignisse seit 1996 aktualisiert sowie durch die Einbeziehung neuerer Quellen erweitert.

Ausdrücklicher Dank gilt an dieser Stelle Herrn D. E. Groß, der die Chronik durch zahlreiche und ausführliche Korrektur- und Ergänzungsvorschläge insbesondere zu den bilateralen Beziehungen der 50er Jahre bereichert hat.

Gliederung

- 1 Deutschland und China bis 1914
- 2 Erster Weltkrieg, Weimarer Republik und Chinesische Republik (1914 bis 1933)
- 3 Die Beziehungen in der Zeit des Dritten Reiches (1933-1945)
- 4 Bundesrepublik Deutschland, Deutsche Demokratische Republik und Volksrepublik China
 - 4.1 Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der VR China
 - 4.2 Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der VR China
- 5 Das wiedervereinigte Deutschland und die Volksrepublik China (1989 bis heute)

1 Deutschland und China bis 1914

1303

„Bruder Arnold“, ein Franziskanermönch aus der kölnischen Provinz, predigt als erster nachweisbarer deutscher Missionar im heutigen Beijing.

1622 bis 1666

Johannes Adam Schall von Bell in China.

15. Januar 1646

Schall von Bell wird nach der Gründung der Mandschu-Dynastie (1644) von Kaiser Shun Zhi zum Direktor des kaiserlichen astronomischen Kalenderamtes und der Beijinger Sternwarte ernannt; im Juli erhält er den Titel des Zweiten Direktors des Hofes für Opferkult.

19. Oktober 1664

Das von Schall nach europäischem Vorbild erarbeitete neue Kalendersystem wird von Kaiser Shun Zhi offiziell übernommen.

1697

G.W. von Leibniz veröffentlicht die „Novissima Sinica“, in denen er Argumente für einen Kulturaustausch zwischen China und Europa ausführt.

1745

Gründung der Asiatischen Handlungs-Compagnie in Emden.

1750

Die Compagnie wird als „Königlich-Preußische-Asiatische Handlungs-Compagnie“ von Preußen übernommen, 1757 geschlossen.

1752

Die „König von Preußen“ fährt als erstes Schiff der Compagnie nach China.

1772

Auf Initiative König Friedrichs II. wird die „Königlich-Preußische Seehandlungs-Societät“ gegründet, deren Schiffe auch den Perlfloss befahren.

1804

Julius Heinrich Klapproth reist mit Graf Golovkins Mission bis zur chinesischen Grenze, nach Kiakhta; die Reiseerlaubnis nach Beijing wird der Expedition jedoch verweigert.

1819 bis 1851

Der protestantische Missionar Karl Friedrich August Gützlaff (1803-1851) in China; von 1843 bis zu seinem Tod dient er als „Chinese Secretary“ bei der Regierung von Hongkong.

1829

Der englische Kaufmann John MacVicar wird durch ein an den Kaiser von China adressiertes Patent zum ersten Hamburger Honorarkonsul in China (mit Sitz in Guangzhou) ernannt.

1842

Der Vertrag von Nanjing beendet den Opiumkrieg und öffnet die Häfen von Guangzhou (Canton), Xiamen (Amoy), Fuzhou, Ningbo und Shanghai für den internationalen Handel; der Zusatzvertrag von Beijing (1843) räumt allen westlichen Nationen ausdrücklich die gleichen Rechte in den Vertragshäfen ein.

1844/45

Im Auftrag der preußischen Regierung und der übrigen Staaten des Deutschen Zollvereins wird der preußische Ökonomierat Friedrich Wilhelm Grube auf eine Erkundungsreise in den Fernen Osten entsandt; er reist u.a. über Macau nach China, um die Gründung eines Konsulats vorzubereiten.

1. Januar 1845

Mit der Firma Wm. Pustau & Co. gründet der Altonaer Kaufmann Carl Wilhelm Engelbrecht von Pustau in Guangzhou das erste deutsche Handelshaus in China.

1. Oktober 1846

In Hamburg kündigt Georg Theodor Siemssen die Gründung der Firma Siemssen & Co. mit Sitz in Guangzhou

an, die schnell zu einem der größten europäischen Handelshäuser in Ostasien aufsteigt und bis heute im Chinahandel tätig geblieben ist.

1847

Richard von Carlowitz wird Honorarkonsul von Sachsen und Preußen in Guangzhou (Canton).

20. Februar 1852

Der Kaufmann Georg Theodor Siemssen wird zum hamburgischen Konsul in Guangzhou ernannt; 1856 wird er auch Konsul der Hansestadt Lübeck und des Großherzogtums Mecklenburg-Schwerin.

1859 bis 1862

Preußische diplomatische Expedition unter Leitung des Geologen Graf Friedrich zu Eulenburg nach Asien; Eulenburgs Korps wird auch von dem deutschen Zeichner Wilhelm Heine und dem jungen Geologen Ferdinand von Richthofen begleitet.

April bis September 1861

Eulenburg verhandelt mit Abgesandten des chinesischen Kaisers über ein Handelsabkommen.

2. September 1861

Abschluss eines Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrages zwischen den Staaten des Deutschen Zoll- und Handelsvereins (als Vertreter der meisten deutschen Staaten), den Großherzogtümern Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz sowie den Freien Hansestädten Lübeck, Bremen und Hamburg einerseits und dem Kaiserreich China andererseits. In Shanghai wird ein preußisches Generalkonsulat errichtet.

14. Januar 1863

Legationsrat Guido von Rehfues wird erster preußischer Gesandter in Beijing.

1865

In Shanghai wird als erster deutscher Verein in China die „Konkordia“ gegründet.

Anfang Juli 1866

Eine erste Delegation der chinesischen Regierung nach Europa hält sich auf dem Weg von Holland nach Dänemark für zwei Tage in Hamburg auf.

1867

Der Norddeutsche Bund übernimmt den Vertrag von 1861; von Rehfues bleibt als Gesandter des Bundes in Beijing.

1868 bis 1872

Der schlesische Geologe Ferdinand von Richthofen beist – ab 1869 im Auftrag der europäisch-amerikanischen Handelskammer in Shanghai – 13 der damals 18 Provinzen Chinas. Richthofen veröffentlicht 1885 seinen „Atlas von China“, der erstmals wissenschaftlich fundierte Karten von China und seiner Oberflächengestalt enthält.

1871

Guido von Rehfues wird als Gesandter des eben gegründeten Deutschen Reiches bestätigt.

Die Deutsche Dampfschiffs-Rhederei zu Hamburg (in Chi-

na auch als Kingsin-Linie bekannt) richtet einen regelmäßigen Schiffsverkehr nach Ostasien ein.

China kauft erstmals Kanonen der Firma Krupp in Essen. Beginn des Deutsch-Unterrichts an der Beijinger Sprachenschule (*Tongwen Guan*).

1871 bis 1872

Erste große Chinareise Ferdinand von Richthofens.

1872

Die Deutsche Bank eröffnet eine Filiale in Shanghai, die 1875 wegen großer Verluste infolge des sinkenden Silberkurses jedoch wieder aufgegeben werden muss.

1872 bis 1895

Gustav von Detering dient bei der Seezollverwaltung und als wichtiger Berater Li Hongzhangs, des einflussreichen Gouverneurs von Zhili.

März 1873

Gründung der „Deutschen Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens“ (OAG) durch 71 deutsche Kaufleute aus Tokyo und Yokohama.

1874 bis 1893

Max von Brandt als deutscher Gesandter in Beijing.

1876

Sieben chinesische Offiziere werden von Li Hongzhang zum mehrjährigen „Militärstudium“ nach Deutschland geschickt.

1877

Eröffnung der Chinesischen Gesandtschaft in Berlin.

Um 1880

Li Fengpao wird als Gesandter des Chinesischen Reiches in Berlin akkreditiert.

31. März 1880

Nach langen zähen Verhandlungen wird in Beijing die für 1871 vorgesehene Zusatzkonvention zum Deutsch-Chinesischen Vertrag von 1861 unterzeichnet; der Hafen Wusong bei Shanghai wird als Ankerplatz freigegeben.

1881

In Beijing wird das „Zongli Yamen“ als erste Behörde zur Wahrnehmung außenpolitischer Aufgaben aufgebaut.

Georg von der Gabelentz (1840-1883) veröffentlicht in Leipzig die „Chinesische Grammatik“ als erstes systematisches deutsches Werk zur chinesischen Sprache.

Anfang 1882

Beginn der Steyler Mission in China; Ankunft der beiden Missionspater Josef Freinademetz und Johann Baptist von Anzer in Shandong.

1882 und 1883

Bei Shantou (Swatow) und Xiamen (Amoy) versucht von Brandt, die wirtschaftlichen Interessen des Deutschen Reiches mit dem Einsatz deutscher Seestreitkräfte durchzusetzen; Reichskanzler Bismarck lässt Brandt daraufhin zeitweilig abberufen.

1885

Der deutsche Gesandte von Brandt macht bei Hofe Vorschläge zur Reorganisation der chinesischen Streitkräfte; trotz zeitweiligen Widerstandes durch Li Hongzhang wird Deutschland zum wichtigen Lieferanten von Kriegsschiffen und Kanonen.

1886

Der *Ostasiatische Lloyd* erscheint in Shanghai als erste deutschsprachige Zeitung in China.

30. Mai 1886

Beginn der 1885 vom Reichstag genehmigten Deutschen Postdampfersubventionen; die „Oder“ nimmt als erster Dampfer den Schiffsverkehr auf der subventionierten Ostasienlinie des Norddeutschen Lloyds auf.

1887

Die Berliner Privatbank R. Warschauer & Co. legt gemeinsam mit anderen Bankhäusern eine Anleihe für China in Höhe von 5 Mio. Reichsmark auf.

Gründung des Seminars für orientalische Sprachen an der Universität Berlin; damit erstmals Chinesisch-Unterricht in Deutschland.

1888 bis 1901

Otto Franke im deutschen Auswärtigen Dienst in China.

12. Februar 1889

Ein Konsortium von 13 deutschen Banken gründet mit Unterstützung des Reichskanzlers von Bismarck die Deutsch-Asiatische Bank mit Sitz in Shanghai; Filialen werden 1890 in Tianjin, 1897 in Hankou, 1898 in Qingdao und 1900 in Hongkong eingerichtet, dazu Zweigniederlassungen ab 1896 in Berlin und 1906 in Hamburg.

1891

Bischof von Anzer setzt beim Vatikan durch, dass die Steyler Mission aus dem französischen Protektoratsverhältnis gelöst und unter den Schutz des Deutschen Reichs gestellt wird.

Frühjahr 1895

Der „Ostasiatische Dreibund“ wird zwischen Deutschland, Russland und Frankreich als Pakt gegen die japanischen Ambitionen in China besiegelt; mit dem „Einspruch von Shimonoseki“ protestieren die drei Staaten am 23. April 1895 erfolgreich gegen die Bedingungen des Friedensvertrages nach Beendigung des von Japan erzwungenen chinesisch-japanischen Krieges von 1894/95.

Sommer 1895

Gründung der Kaiser-Wilhelm-Schule in Shanghai, der ersten deutschen Schulgemeinde in China.

3. Oktober 1895

Die chinesische Regierung billigt dem Deutschen Reich die Pacht einer Konzession in Hankou zu; am 30. Oktober folgt eine Konvention über eine entsprechende Niederlassung in Tianjin.

Juni 1896

Der chinesische Außenminister Li Hongzhang besucht auf einer Europareise auch Berlin, wo er in Begleitung von

Gustav Detering u.a. dem ehemaligen Reichskanzler Otto von Bismarck begegnet; Staatssekretär von Marschall bemüht sich bei Li erstmals um die Genehmigung eines festen deutschen Seehafens in Shandong.

1. November 1897

Ermordung der Steyler Missionare Henle und Nies bei Caozhou durch Mitglieder der Geheimgesellschaft „Dadao Hui“ („Gesellschaft der breiten Schwerter“).

7. November 1897

Kaiser Wilhelm II. erteilt dem Kommandierenden des deutschen Kreuzergeschwaders in Ostasien, Admiral Diederichs, in einem Telegramm den Befehl zur Besetzung von Jiaozhou; die deutschen Truppen unter Diederichs Befehl nehmen daraufhin am 14. November die Bucht von Jiaozhou (Kiautschou) mit dem Hafen Qingdao (Tsingtao) für den deutschen Kaiser in Besitz.

27. April 1898

In einer kaiserlichen Order erklärt Kaiser Wilhelm II. Jiaozhou offiziell zum Schutzgebiet des Deutschen Reiches und unterstellt seine Verwaltung der Reichsmarine.

1. Juni 1898

Einrichtung eines Telefonnetzes in Qingdao.

2. September 1898

Feierliche Eröffnung des Freihafens in Qingdao.

15. April 1899

Eine Verordnung des Gouverneurs von Jiaozhou, Jaesche, regelt die rechtliche Stellung der chinesischen Bevölkerung dahingehend, dass sie nicht dem deutschen Reichsrecht unterliegen.

März 1899

In den Landkreisen Lanshan und Rizhao im Süden von Shandong kommt es zu Ausschreitungen gegen Christen und Ausländern; eine geplante deutsche Militärexpedition zur Besetzung Rizhaos wird auf Protest des Gouverneurs von Shandong, Zhang Rumei, aufgegeben.

April 1899

Gouverneur Zhang wird in einem Telegramm des Ministers des Staatsrats angewiesen, Truppen nach Rizhao zu verlegen, die das weitere Vordringen des deutschen Militärs verhindern sollen.

17. April 1899

Abkommen über die Einrichtung eines chinesischen Seezollamtes in Qingdao; die Vereinbarung sieht vor, dass das Amt stets von einem deutschen Zollinspektor geleitet werden soll.

Mai 1899

Richard Wilhelm kommt als Pfarrer des „Allgemeinen evangelisch-protestantischen Missionsvereins“ (A.E.P.M.) nach Qingdao; bis zu seiner Rückkehr nach Deutschland 1924 arbeitet er auch in öffentlichen Anstellungen, u.a. als Lektor für deutsche Literatur und Philosophie an der Beijing-Universität, und wird 1907 vom Kaiser für seine Verdienste ausgezeichnet.

14. Juni 1899

Gründung der deutschen „Shantung-Eisenbahngesellschaft“ durch ein deutsches Finanzierungskonsortium, der am 10. Oktober die Gründung der „Shantung-Bergbaugesellschaft“ folgt; beide Gesellschaften fusionieren 1913.

Juni 1899

Beginn des „Boxer-Aufstandes“ in Shandong und Zhili. In Gaomi kommt es wegen der Festlegung von Entschädigungssummen durch die deutsche Eisenbahngesellschaft zu Unruhen der chinesischen Bevölkerung gegen den Bau der Eisenbahn; die Unruhen werden auf Befehl von Gouverneur Jaeschke am 25. Juni durch deutsche Marineinfanterie aus Qingdao blutig niedergeschlagen, Gaomi wird von den Truppen besetzt.

Sommer 1899

Gründung des deutschen Tongji-Hospitals in Shanghai durch die Ärzte Dr. Paulun und Dr. von Schab.

13. März 1900

Deutsche Kaufleute gründen in Hamburg den „Ostasiatischen Verein“ als einen „Verein für deutsche Interessen im östlichen Asien“.

21. März 1900

Eine Übereinkunft zwischen der Shandong-Bergbaugesellschaft und dem Gouverneur von Shandong, Yuan Shikai, regelt das Vorgehen bei der Eröffnung von Bergbaugruben des deutschen Unternehmens entlang der Eisenbahnlinie zwischen Jinan und Qingdao.

Mai 1900

Die „Boxer“ dringen bis in die unmittelbare Nähe Beijings vor, besetzen zwei Eisenbahnlinien und vertreiben die ausländischen Angestellten; am 13. Juni marschieren sie in Beijing ein und belagern die Straßen, in denen sich die ausländischen Missionen befinden.

14. Juni 1900

Gouverneur Jaeschke erlässt die sog. „Chinesenordnung“, die der chinesischen Bevölkerung besondere Verhaltensregeln zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit auferlegt und ihr insbesondere das Wohnen im Europäerviertel untersagt.

17. Juni 1900

Deutsche Marinesoldaten töten einige chinesische Soldaten in der Nähe der deutschen Gesandtschaft; der Vorfall wird vom amerikanischen und britischen Gesandten bedauert.

19. Juni 1900

Ein Dekret der chinesischen Regentin Cixi erklärt allen europäischen Mächten den Krieg und fordert die ausländischen Gesandten auf, Beijing innerhalb von 24 Stunden zu verlassen.

20. Juni 1900

Der deutsche Gesandte in China Baron Clemens August von Ketteler wird erschossen, als er in einer Rikscha die Gesandtschaft verlässt, um bei Hofe um einen Aufschub des Ultimatums zu bitten.

Am Nachmittag eröffnen die Chinesen das Feuer auf die Gesandtschaften in Beijing.

27. Juli 1900

In Bremerhaven werden deutsche Truppen nach China eingeschifft und von Wilhelm II. persönlich mit seiner „Hunnenrede“ verabschiedet: „Pardon wird nicht gegeben. Gefangene werden nicht gemacht...“

13. August 1900

Graf Alfred von Waldersee wird als Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte nach China geschickt.

15. August 1900

Verbündete europäische Truppen – Einheiten aus Japan, Russland, den USA, England, Frankreich, Italien und Österreich-Ungarn – nehmen die chinesische Hauptstadt ein. Der kaiserliche Sommerpalast wird von den Alliierten niedergebrannt.

25. September 1900

Zehn Tage nach der Einnahme Beijings durch die alliierten Streitkräfte erreicht der nominierte Oberbefehlshaber Graf Waldersee mit seinem Expeditionskorps Tianjin.

16. Oktober 1900

Der deutsch-englische „Yangtze-Vertrag“ stellt die Offenheit der chinesischen See- und Flusshäfen für den Handel zur Sicherung der Interessen und Rechte beider Mächte fest.

24. Dezember 1900

Beginn der Friedensverhandlungen zwischen den ausländischen Vertretern und den Bevollmächtigten Chinas.

8. April 1901

Aufnahme des Eisenbahnbetriebes auf der 74 km langen Strecke von Qingdao nach Jiaozhou.

3. Juni 1901

Waldersee verlässt China mit einem Teil seiner Truppen; seit Dezember 1900 hatte er insgesamt 46 militärische Expeditionen – davon 35 mit ausschließlich deutschen Truppen – in das innere Chinas befohlen, etliche davon gegen den heftigen Protest der anderen Mächte.

4. September 1901

Der kaiserliche Prinz Chun, ein Bruder des chinesischen Kaisers, entschuldigt sich bei einem Besuch in Potsdam persönlich beim deutschen Kaiser Wilhelm II. für die Ermordung Kettelers.

7. September 1901

Nach mehr als achtmonatigen Verhandlungen unterzeichnen die Vertreter der alliierten Mächte das sog. „Boxer-Protokoll“, das dem chinesischen Reich u.a. eine erhebliche Wiedergutmachungszahlung, die Errichtung eines Gesandtschaftsviertels, die Schleifung des Forts Taku sowie die Schließung weiterer Verträge zur Verbesserung der Handelsabkommen auferlegt; außerdem sollte ein Denkmal (Ketteler-Bogen) an der Stelle der Ermordung des deutschen Gesandten errichtet werden.

Die chinesischen Bevollmächtigten, die auf den Inhalt der harten Bedingungen keinerlei Einfluss nehmen konnten,

unterzeichnen den Friedensvertrag nur unter der Drohung des Einmarsches alliierter Truppen nach Shaanxi.

15. April 1902

Eine Verordnung des Gouverneurs von Jiaozhou, Truppel, regelt die provisorische Errichtung eines chinesischen Komitees, das künftig an den wirtschaftlichen Entscheidungen der Kolonie mitwirken soll.

1. Juni 1904

Auf der 394 km langen Strecke zwischen Jinan und Qingdao wird der reguläre Eisenbahnverkehr aufgenommen.

29. August 1902

Abkommen über die neuen chinesischen Zolltarife.

September 1904

Der Ende 1898 exilierte chinesische Reformpolitiker Kang Youwei bereist erstmals Deutschland; weitere Reisen folgen 1907 und 1908. Neben mehreren Reiseberichten verfasst er im Frühjahr 1906 seine „Untersuchungen über die politische Entwicklung Deutschlands“ (*Deyizhi yangkao*).

1905

Die Shandong-Bahn von der Provinzhauptstadt Jinanfu (Tsinanfu) nach Qingdao (395 km) wird als deutsches Privatunternehmen in Betrieb genommen; die Strecke hat auch einen Anschluss an die 1904 vollendete Transsibirische Eisenbahn.

1. Dezember 1905

Eine Abänderung der Übereinkunft über die Errichtung eines Seezollamtes in Qingdao von 1899 führt de facto eine „Zollunion“ des Schutzgebietes mit seinem Hinterland ein. Als Entschädigung für die durch die Aufhebung der Zollfreiheit von Handelsgütern entstandenen Einbußen wird dem Gouvernement zwanzig Prozent der chinesischen Zolleinnahmen zugesprochen.

8. Juni 1906

Reichskanzler von Bülow verleiht der Deutsch-Asiatischen Bank die Banknotenkonzession für Kiaotschou und die übrigen Niederlassungen der Bank in China.

1907

Auf Initiative der deutschen Reichsregierung werden in Hankou und Tianjin die ersten deutsch-chinesischen Schulen gegründet.

Juni 1907

Eröffnung der deutschen Tongji-Universität in Shanghai als vornehmlich medizinische Fachschule mit dem Tongji-Hospital als Kern.

1907 bis 1911

Der Philosoph und spätere Präsident der Beijinger Staatsuniversität Cai Yuanpei als Student in Berlin und Leipzig.

25. Oktober 1909

Feierliche Eröffnung der ersten deutsch-chinesischen Hochschule in Qingdao.

1910

Gründung einer „Vereinigung zur Errichtung Deutscher

Technischer Schulen in China“.

18. August 1910

Der Gouverneur von Jiaozhou, Truppel, gibt bekannt, dass er fortan chinesische Vertrauensleute zur Mitwirkung an allgemeinen Verwaltungsangelegenheiten des Gouvernements ernennen wird.

1912

Die Tianjin-Pukou-Bahn in Shandong nimmt als chinesischer Staatsbetrieb mit britischen und deutschen Kapitalanteilen ihren Betrieb auf.

Gründung einer deutsch-chinesischen Ingenieursschule in Shanghai.

1913

Gründung des „Chinesischen Verbands Deutscher Ingenieure“ im Deutschen Club in Shanghai.

1913

Die Deutsche Vereinigung Shanghai veröffentlicht ihre „Denkschrift zur Förderung des Deutschtums in China“.

8. Oktober 1913

Das Deutsche Reich erkennt in einer Verbalnote an den chinesischen Gesandten in Berlin die Regierung von Yuan Shikai als Präsident der Republik China an.

23. Januar 1914

Eine Verordnung des Gouverneurs von Jiaozhou, Meyer-Waldeck, gestattet es wohlhabenden Chinesen, auf Antrag beim Gouverneur im Europäerviertel zu wohnen.

2 Erster Weltkrieg, Weimarer Republik und Chinesische Republik (1914 bis 1933)

5. August 1914

Nachdem der deutsche Versuch einer direkten Rückgabe aller kolonisierten Gebiete an China scheitert, stellt Japan dem Deutschen Reich ein Ultimatum zum Abzug aller Seestreitkräfte aus japanischen und chinesischen Gewässern und zur Übergabe Jiaozhous an die japanischen Behörden.

6. August 1914

China erklärt allen kriegführenden Parteien gegenüber seine Neutralität.

23. August 1914

Nach Ablauf des Ultimatus erklärt Japan Deutschland den Krieg.

2. September 1914

Japanische Truppen landen in den deutschen Pachtgebieten in Shandong.

7. November 1914

Nach zehnwöchiger Belagerung kapituliert die Garnison von Qingdao; die Stadt wird von japanischen Truppen besetzt.

14. November 1914

Japan übernimmt offiziell das gesamte deutsche Pachtgebiet; etwa 5.000 Deutsche und Österreicher werden in 15 Lagern in Japan interniert.

7. Mai 1915

Japans „21 Forderungen“ an China enthalten auch vier Artikel, die die Übernahme der deutschen Pachtgebiete und Eisenbahnen durch Japan sicherstellen sollen.

16. Februar 1917

England verspricht in einem Geheimabkommen mit Japan, dessen Forderung nach den deutschen Besitzungen in China zu unterstützen; das Abkommen wird am 1. März von Frankreich, am 5. März von Russland und am 2. November von den USA unterstützt.

3. März 1917

Nach einem am 9. Februar vorangegangenen Protest gegen den „uneingeschränkten U-Boot-Krieg“ bricht die chinesische Regierung die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland ab.

14. März 1917

China tritt durch eine Proklamation seines Premierministers Duan Jirui in den Krieg gegen die Mittelmächte ein und erklärt somit auch dem Deutschen Reich den Krieg. Der deutsche Gesandte in Beijing Admiral von Hintze verlässt Beijing am 25. März.

März 1919

Mit einem Repatriierungsbefehl der chinesischen Regierung wird die Mehrzahl der deutschen Bewohner von Shanghai ausgewiesen.

4. Mai 1919

Ausbruch von Studentenunruhen als Protest gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages, die Japan die vormaligen deutschen Rechte in Shandong einräumen.

28. Juli 1919

China lehnt es ab, den Versailler Vertrag zu unterschreiben; Ausweisung aller verbliebenen deutschen Bürger aus China.

15. September 1919

Nach einer Intervention des amerikanischen Präsidenten Wilson erklärt die chinesische Regierung den Kriegszustand mit Deutschland für beendet.

1920

Das Deutsche Reich entsendet eine diplomatische Delegation unter Leitung des späteren Gesandten von Borch nach Beijing, um einen Friedensvertrag auszuhandeln.

20. Mai 1921

Deutsch-chinesische Vereinbarungen über die Wiederherstellung des Friedenszustandes als neuer Vertrag, im Unterschied zu den übrigen Großmächten auf der Basis völliger Gleichberechtigung.

7. Dezember 1921

Staatssekretär Dr. Boyé tritt als erster deutscher Gesandter nach dem Ende des Ersten Weltkriegs seinen Posten in Beijing an.

1922

Die deutschen Bürger können nach China zurückkehren, deutsche Firmen und Institutionen ihre Arbeit dort wieder aufnehmen; die chinesische Regierung gibt den deutschen Firmen (mit Ausnahme der Deutsch-Asiatischen Bank) ihre Liquidationserlöse zurück.

Beginn der Wiedererrichtung einer deutschen Tongji-Universität in Shanghai durch Spendenmittel der deutschen Gemeinde; die alte Universität war durch Art. 134 des Versailler Vertrages an Frankreich gefallen und von 1917 bis 1921 ausschließlich von chinesischer Seite verwaltet worden.

Der deutsche Philosoph und Biologe Hans Driesch, ein Begründer des Neovitalismus, unternimmt eine Vortragsreise nach China.

Juli 1922

Die zu Beginn des Jahres aufgenommenen Geheimverhandlungen über die Bildung eines Dreierbündnisses zwischen Deutschland, China und der Sowjetunion enden erfolglos, nachdem Sun Yat-sen Guangzhou verlassen musste.

1924

Wiedereröffnung der Tongji-Universität.

1925

Eröffnung des China-Instituts an der Universität Frankfurt am Main.

Juli 1926

Eine Delegation der Deutschen Lufthansa bereist China.

1927

Der deutsche Kommunist Heinz Neumann dient beim Aufstand in Nanchang und der Kommune in Guangzhou als Berater im Auftrag der Komintern.

Ende Mai 1928

Herbert von Borch löst Dr. Boyé als neuer deutscher Gesandter in Beijing ab und wechselt am 15. August als erster ausländischer Missionschef in die neue Hauptstadt Nanjing.

17. August 1928

Handelsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und der Republik China, mit dem die im April ausgerufene Nanjing-Regierung Chiang Kai-sheks offiziell von Deutschland anerkannt wird.

Das Abkommen tritt nach erfolgter Ratifizierung am 21. Januar 1929 in Kraft. Danach gesteht die chinesische Regierung den China-Deutschen, ihren Firmen und Institutionen ohne vertragliche Regelung die Meistbegünstigung und damit alle Rechte wieder zu, auf die Deutschland im Friedensvertrag von 1921 verzichtet hatte.

November 1928

Oberst Max Bauer kommt als Führer der ersten Gruppe deutscher Militärberater der Nanjing-Regierung nach China; er tritt die Nachfolge der von Chiang Kai-shek entlassenen Komintern-Berater unter Michail Borodin an. Deutsche Offiziere beraten Chiang Kai-shek auf seinen folgenden Vernichtungsfeldzügen gegen die Rote Armee in Hunan, Fujian und Jiangsu.

1929

Große Ausstellung chinesischer Kunst in Berlin.

1929/30

Oberstleutnant Hermann Kriebel, ein Freund Hitlers und Ludendorffs, wird Nachfolger des im April 1929 in Shanghai an einer Pocken-Infektion gestorbenen Max Bauer; Bauers Beratergruppe ist mittlerweile auf 46 Offiziere angewachsen.

März bis Juni 1930

Auf Vermittlung des Auswärtigen Amtes in Berlin beist eine China-Studienkommission des Reichsverbandes der Deutschen Industrie China, um die Möglichkeiten und Aussichten wirtschaftlicher Investitionen in China zu prüfen.

August 1930

Hermann Kriebel wird deutscher Generalkonsul in Shanghai; sein Nachfolger als Militärberater bei Chiang Kai-shek wird Generalleutnant Georg Wetzell.

1931

Gründung eines Deutschland-Instituts in Beijing.

Januar 1931

Infolge des positiven Abschlussberichts der China-Kommission wird in Berlin die „China-Studiengesellschaft für deutsch-chinesische wirtschaftliche Zusammenarbeit“ gegründet, die die Projektvorschläge der Kommission prüfen und ihre Realisierung vorbereiten soll.

1. Februar 1931

Gründung der deutsch-chinesischen Fluggesellschaft EURASIA, die am 31. Mai den planmäßigen Flugdienst auf der Strecke Shanghai-Manzhouli (über Nanjing, Jinanfu und Beijing) aufnimmt.

3 Die Beziehungen in der Zeit des Dritten Reiches (1933-1945)

1933

General Hans von Seeckt kommt als Leiter einer beratenden Mission zu Chiang Kai-shek, um die militärischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und China zu vertiefen.

Gründung des Chinesisch-Deutschen Kulturverbandes in Beijing durch Prof. Zhu Jiahua.

Anfang 1934

General von Seeckt wird als Nachfolger des zurückgetretenen Generals Wetzell zum Chefberater und Leiter der mittlerweile 60 deutschen Militärberater bei Chiang Kai-shek ernannt. Die deutschen Berater versuchen, zwischen China und Japan zu vermitteln.

Juli 1934 bis Januar 1936

Bau der Zhejiang-Jiangxi-Bahn durch die Firma Otto Wolff (Köln).

23. August 1934

Handelsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und der Republik China.

Oktober 1934 bis September 1935

Der deutsche Kommunist Otto Braun nimmt als Militärinstrukteur der Roten Armee am Langen Marsch teil.

1935

Besuch des chinesischen Finanzministers H.H. Kung in Berlin, der vor allem über Rüstungslieferungen durch die HAPRO-Handelsgesellschaft verhandeln will.

Die „Handelsgesellschaft für industrielle Produkte GmbH“ (HAPRO) wird seit ihrer Gründung 1934 vom Berliner Reichswehrministerium kontrolliert und von der deutschen Rüstungsindustrie unterstützt; Im Oktober 1937 wird sie der „Dienststelle für den Vier-Jahres-Plan“ unter unmittelbarer Leitung Hermann Görings unterstellt.

Oktober 1935

Reise einer „inoffiziellen Studienkommission“ im Auftrag der deutschen Reichsregierung nach Japan, China und in die (seit 1932 auf militärischen Druck Japans als Manchukuo eigenständige) Mandschurei; in China soll die Delegation die Haltung der Regierung zu einem möglichen deutsch-japanischen Bündnis sondieren.

1935 bis 1938

Alexander von Falkenhausen als Nachfolger von Seeckts in China.

Januar 1936

Fertigstellung der Zhejiang-Jiangxi-Bahn.

8. April 1936

Abschluss des sog. HAPRO-Vertrages zwischen Deutschland und China, eines Kreditabkommens, mit dem das Hitler-Regime und die Nanjing-Regierung Chiang Kai-sheks den Austausch von Rohstoffen aus China gegen Industrie- und Rüstungsgüter aus Deutschland vereinbaren und der chinesischen Regierung ein Warenkredit in Höhe von 100 Mio. Reichsmark bewilligt wird.

30. April 1936

Unterzeichnung des „Deutsch-Mandschurischen Handelsabkommens“ in Tokyo, das für den Verlauf eines Jahres den Import mandschurischer Produkte im Wert von bis zu 100 Mio. Yuan vorsieht. Der japanische Marionettenstaat Manzhouguo (Mandschukuo) wird jedoch weiterhin nicht von Hitler anerkannt.

25. November 1936

Unterzeichnung des „Deutsch-Japanischen Abkommens gegen die Kommunistische Internationale“ („Antikominternpakt“) in Berlin; der Vertrag wird von der Nanjing-Regierung entgegen deutscher Beteuerungen als Bedrohung der deutschen Neutralität im japanisch-chinesischen Konflikt angesehen.

1937

Beginn einer Phase verstärkter jüdischer Emigration nach Ostasien, vor allem nach Shanghai.

17. August 1937

Fünf Wochen nach dem Kriegsausbruch zwischen Japan und China (7. Juli) schließt die HAPRO mit China ein Lieferabkommen über Rüstungsgüter von 47 Mio. Reichsmark.

18. Oktober 1937

Nach Bekanntwerden des Sowjetisch-Chinesischen Nichtangriffspaktes vom 21. August 1937 gibt Hitler den Befehl, die Waffenlieferungen an China einzustellen. Der Befehl wird jedoch bereits am 28.10. von Außenminister von Ribbentrop wieder zurückgenommen.

29. Oktober 1937 bis 14. Januar 1938

Deutschland versucht mehrfach und durch ständigen Kontakt mit Japan und China, einen Friedensschluss zwischen beiden Mächten zu vermitteln.

20. Februar 1938

Das Deutsche Reich erkennt durch eine Bekanntgabe Hitlers den Staat Manzhouguo offiziell an.

27. April 1938

Endgültiges Verbot von Waffenexporten nach China durch Hermann Göring; allerdings werden noch bis zum 14. Juni 1938 heimlich U-Boote, Torpedos und Flugzeuge geliefert. Ein Vertreter der HAPRO bleibt bis zum Ausbruch des Pazifischen Krieges im Dezember 1941 in Chongqing.

12. Mai 1938

Abschluss eines Freundschaftsvertrages zwischen Deutschland und Manzhouguo.

23. Juni 1938

Die nationalsozialistische Regierung in Berlin erlässt eine Rückkehrorder, die alle deutschen Militärberater in China nach Deutschland befiehlt.

26. Juni 1938

Der deutsche Botschafter Trautmann verlässt China über Hongkong; nach einem Abschiedsessen mit Chiang Kai-shek reisen am 5. Juli sämtliche deutschen Berater aus China ab.

11. November 1939

Der chinesische Ministerpräsident H.H. Kung bietet Deutschland die Lieferung der an Großbritannien, die Sowjetunion und die USA verpfändeten Monopolproduktion von Wolframerzen und anderen Rohstoffen im Tausch gegen Waffen und Munition an; Außenminister von Ribbentrop lehnt Waffenlieferungen an China jedoch strikt ab.

1. Juli 1941

Anerkennung der am 30. März 1940 proklamierten japanfreundlichen Nanjinger sog. „Zentralregierung“ (in den von Japan besetzten Gebieten) unter Wang Jingwei durch das Deutsche Reich und Italien.

4. Juli 1941

In Chongqing erklärt der Botschafter der Nationalregierung Chiang Kai-sheks in Berlin der deutschen Regierung den Abbruch der diplomatischen Beziehungen; die offiziellen deutschen Vertreter in Chongqing reisen ins japanisch besetzte Gebiet ab.

1. August 1941

Die deutsch-chinesische Fluggesellschaft EURASIA wird vom chinesischen Verkehrsministerium übernommen und

bis zu ihrer formellen Liquidierung am 1. Juni 1943 selbständig weiterbetrieben.

9. Dezember 1941

China verkündet nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbour und dem darauf beginnenden japanischen Angriffskrieg in Asien Deutschland den Kriegszustand.

1. August 1943

Die internationale Niederlassung im von Japan besetzten Shanghai verliert ihren Status als „separates Verwaltungsgebiet“.

8. Februar 1943

Die japanische Militärbehörde in Shanghai befiehlt die Zusammenziehung der jüdischen Emigranten aus Europa; im Mai – zeitgleich mit der Vernichtung des Warschauer Ghettos – werden alle „staatenlosen Flüchtlinge“ in einem Ghetto im Stadtteil Hongkou im Norden Shanghais gesammelt.

4 Bundesrepublik Deutschland, Deutsche Demokratische Republik und Volksrepublik China

September 1945

Kurz nach Eintreffen amerikanischer Truppen in Shanghai werden aufgrund einer Verordnung der chinesischen Nationalregierung alle deutschen Firmen von den Behörden liquidiert, Immobilien und Guthaben beschlagnahmt. In der Mandschurei wurden diese Maßnahmen bereits nach dem Einmarsch der Roten Armee in der zweiten Augusthälfte vorgenommen.

27. November 1945

Durch den Erlass Nr. 26392 der chinesischen Regierung werden die deutschen Bürger in China mit wenigen Ausnahmen des Landes verwiesen.

1946

Beginn der Repatriierung von etwa 500 China-Deutschen durch die amerikanische Marine. Nach Ankunft in Bremen werden sie als „Civil Prisoners of War“ in der Festung Hohenasperg bei Ludwigsburg interniert und erst ab 1947 nach und nach entlassen.

August 1946 bis 17. Januar 1947

Shanghai-Prozess („Ehrhard-Prozess“) der Amerikaner gegen deutsche Kriegsverbrecher in China; von den 27 Angeklagten werden sechs, darunter der ehemalige Botschafter E. Woermann, freigesprochen.

4.1 Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der VR China

1949

Die deutsche Kirche Qingdao wird zu Volkseigentum der VR China erklärt; 1951 wird auch die Kirche in Shanghai endgültig beschlagnahmt.

1. Oktober 1949

Gründung der Volksrepublik China; die Volksrepublik wird von der DDR anerkannt. Die Bundesregierung hingegen erkennt weder die VR China noch – im Gegensatz zur USA – den nationalchinesischen Staat auf Taiwan offiziell an.

28. Oktober 1949

Der stellvertretende Ministerpräsident der VR China Zhu Jiahua gratuliert Bundespräsident Heuss und Bundeskanzler Adenauer in einem Telegramm an den Leiter der China-Studiengesellschaft Strewe zu ihrer Amtsübernahme und bringt den Wunsch der neuen Regierung nach baldiger Herstellung diplomatischer Beziehungen zum Ausdruck.

Dezember 1949

Der Ostasiatische Verein in Hamburg wird von der Bundesregierung mit der Repatriierung der China-Deutschen beauftragt. Mit Unterstützung der UNO führt der OAV ab 1950 nahezu 500 Personen aus China nach Deutschland zurück.

1950

Die ehemalige Botschaft der Nanjing-Regierung in Berlin, die seit 1945 als Militärmission des Guomindang-Regimes diente, wird geschlossen.

Die Bundesrepublik Deutschland tritt dem im November 1949 gegründeten COCOM-Gremium bei, das die Kontrolle strategisch wichtiger Güter mit kommunistisch regierten Ländern kontrolliert.

30. Mai 1951

Auf Intervention des amerikanischen Hohen Kommissars verfügt das Bundeswirtschaftsministerium die Genehmigungspflicht für alle Ausfuhren in die VR China. Erteilte, aber noch nicht ausgenutzte Ausfuhrgenehmigungen werden am 15. Juni ungültig. Durch diese Maßnahme kommt der westdeutsche Exporthandel mit der VR China vorübergehend völlig zum Erliegen.

August 1951

Auf Intervention der USA hin verhängt die Bank Deutscher Länder eine Sperrung des Zahlungsverkehrs mit China, die ohne gesetzliche Grundlage sowohl die Einfuhr aus China als auch die Rückzahlung vorausbezahlter Ausfuhrwaren in die VR China ohne ausdrückliche Genehmigung blockiert werden.

3. bis 12. Mai 1952

Auf der Internationalen Wirtschaftskonferenz in Moskau treffen erstmals nach 1949 westdeutsche Firmenvertreter mit Außenhandelsvertretern der VR China zusammen.

August 1953

In Hongkong nimmt ein Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland seine Tätigkeit auf; zu seinen Aufgaben zählt auch die Beobachtung der VR China.

23. November 1953

Die deutsche Zahlungssperre gegenüber der VR China wird aufgehoben.

Anfang Juni 1954

Der Ostausschuss der deutschen Wirtschaft schlägt der chinesischen Delegation auf der Genfer Konferenz mit Genehmigung der Bonner Regierung ein Handelsabkommen für 1954 vor, nach dem beide Länder in jenem Jahr Waren im Werte von 200 Mio. DM ausführen sollen.

19. Juni 1954

Anlässlich der Genfer Ostasien-Konferenz trifft sich der deutsche Gesandte Fischer auf Anweisung des Auswärtigen Amtes zweimal mit dem Direktor der Europa-Abteilung im chinesischen Außenministerium Huan Xiang, um über die Rückführung der letzten inhaftierten China-Deutschen zu verhandeln.

7. April 1955

In einem Erlass des Staatspräsidenten der VR China Mao Zedong verkündet Beijing das Ende des Kriegszustandes mit Deutschland sowie den Wunsch nach friedlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern. Mao lässt weiter verlauten, dass die Wiedervereinigung Deutschlands und der Abschluss eines Friedensvertrages durch die Politik der Westmächte verhindert werde.

25. Juni 1955

Die deutsche Gemeinde Shanghai wird von ihren Mitgliedern offiziell aufgelöst. Im Protokoll der Schlussbesprechung der Gemeinde vom 21.06. heißt es, dass damit „ein bedeutsames Kapitel in der Geschichte des Deutschtums in China seinen vorläufigen Abschluss gefunden“ habe. Zuletzt sei die Gemeinde mit der Liquidierung der deutschen Interessen in China und der Repatriierung deutscher Staatsbürger beschäftigt gewesen.

16. September 1955

In einem Leitartikel der Beijinger *Renmin Ribao* („Volkszeitung“) wird die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Moskau als „wichtiger Beitrag zum Weltfrieden“ begrüßt. Auch Beijing sei daran interessiert, seine Beziehungen zur Bundesrepublik zu normalisieren.

21. September 1955

Staatssekretär Hallstein vom Auswärtigen Amt teilt dem Generalkonsulat der Bundesrepublik in Hongkong in einem Telegramm mit, dass die Bundesregierung keine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Beijing beabsichtige.

21. Oktober 1955

Infolge des Mao-Erlasses vom April erklärt nun auch die Nationalregierung in Taiwan den Kriegszustand mit Deutschland für beendet.

Januar 1956

Ministerpräsident Zhou Enlai verurteilt in einem politischen Bericht auf dem 2. Plenum des 2. Nationalkomitees der Politischen Konsultativkonferenz die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik; des weiteren spricht er sich für die deutsche Wiedervereinigung aus, hebt die Freundschaft Chinas zur DDR hervor und bekundet erneut Interesse an einer Normalisierung der Beziehungen auch zur Bundesrepublik.

Sommer 1956

Erstmals nimmt eine chinesische Delegation an der Hannover-Messe teil.

27. September 1957

Anlässlich der Reise einer deutschen Wirtschaftsdelegation unter Leitung von Otto Wolff von Amerongen nach Beijing wird ein Handelsabkommen zwischen dem Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft und dem China-Komitee zur Förderung des Internationalen Handels (CCPIT) abgeschlossen. Dieses erste Handelsabkommen halboffizieller Art vereinbart für die Dauer eines Jahres ein Ausfuhrvolumen von ca. 230 Mio. DM im Rahmen von zwei Warenlisten; es wurde nicht verlängert oder neu verhandelt.

Sommer 1962

Erstmalig besucht eine Wirtschaftsdelegation der Bundesrepublik die Guangzhou-Messe.

Anfang September 1962

Der französische Staatspräsident de Gaulle spricht sich auf seinem Deutschlandbesuch vom 4. bis 9. September in einer Unterredung mit Bundeskanzler Adenauer gegen eine weitere Isolierung Chinas aus. Adenauer ist jedoch weiterhin gegen offizielle Beziehungen eingestellt.

21. März bis 12. April 1963

Eine chinesische Handelsdelegation besucht Großbritannien, die Schweiz, die Niederlande, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland.

27. Januar 1964

Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der VR China.

5. Mai 1964

Der chinesische Außenminister Chen Yi betont in einer Stellungnahme gegenüber einem deutschen Journalisten die Hoffnung der Volksrepublik, dass beide Teile Deutschlands friedlich wiedervereinigt würden. Beijing wolle West- und Ostdeutschland nicht gegeneinander ausspielen und sei an einem Ausbau der Handelsbeziehungen zur Bundesrepublik Deutschland interessiert.

25. Mai 1964

Im ersten von insgesamt vier Gesprächen von Beamten des Auswärtigen Amtes (der Legationsräte Hansen und Wickert) mit chinesischen Vertretern in Bern wird über ein Handels- bzw. Warenabkommen verhandelt. Zur Frage der von Bonn gewünschten Einbeziehung West-Berlins vermeidet die chinesische Seite eine klare Stellungnahme und bekundet statt dessen das Interesse Beijings an Verhandlungen über ein Regierungsabkommen.

Vereinbart werden die Errichtung eines Büros der Nachrichtenagentur Xinhua in Bonn und eines dpa-Büros in Beijing.

Juli 1964

Der chinesische Parteivorsitzende Mao Zedong beschuldigt die Sowjetunion in einem Gespräch mit japanischen Sozialisten eines unersättlichen Expansionsdranges, auch in Bezug auf „Ostdeutschland“.

Die Firma Lurgi schließt das erste deutsche Anlagengeschäft mit China ab.

21. Juli 1964

In der zweiten Runde der Berner Gespräche zwischen Beamten des Auswärtigen Amtes (Gesandte Hansen und Eickhoff) mit chinesischen Vertretern kritisiert der chinesische Botschaftsrat Cui Jiyuan die Äußerungen von Bundeskanzler Erhard anlässlich dessen Besuchs in Washington im Juni 1964, in denen Erhard ein Handelsabkommen mit der Volksrepublik China ausgeschlossen hatte, und drängt auf ein Regierungsabkommen.

3. Oktober 1964

Dritte Runde der Berner Gespräche.

23. November 1964

Im Verlauf der vierten und letzten Gesprächsrunde in Bern kritisiert der chinesische Botschaftsrat Cui gegenüber Legationsrat Hansen vom Auswärtigen Amt in scharfer Form die jüngste Reise des CSU-Vorsitzenden Strauß im November 1964 nach Taipei und weist das Bonner Ansinnen einer Berlin-Klausel entschieden zurück.

Januar 1965

Auf einer Begegnung mit dem Vorsitzenden des Arbeitskreises China Hufnagel wirft der Handelsrat der chinesischen Botschaft in Bern der Bonner Regierung eine unfreundliche Einstellung gegenüber China vor.

16. Februar 1965

In einem Kommentar der *Renmin Ribao*, der sich im Zusammenhang mit einer bevorstehenden Reise des DDR-Staatschefs Ulbricht in die Vereinigte Arabische Republik gegen den Bonner Alleinvertretungsanspruch wendet, wird den „Bonner Militaristen“ vorgeworfen, „die DDR schlucken zu wollen“. Die Existenz zweier deutscher Staaten auf deutschem Boden sei hingegen eine Realität.

März 1965

Auf Beschluss der Bundesregierung sollen staatliche Bürgschaften ausdrücklich auch Ausfuhrgeschäfte mit China decken.

September 1965

Der chinesische Außenminister Chen Yi spricht sich auf einer Pressekonferenz gegen offizielle Handelsbeziehungen mit Bonn aus und bezeichnet Westdeutschland als „eine Gefahr für die Sicherheit Europas“; daraufhin werden die Berner Gespräche auch in Bonn als gescheitert angesehen.

1967

Der bilaterale Handel zwischen der Bundesrepublik und der VR China übersteigt erstmals das Volumen von einer Milliarde DM.

11. Juni 1968

In einem Kommentar der *Beijing Rundschau* zur Verabschiedung der deutschen „Notstandsgesetze“ im Mai 1968 wird eine vorwärtsdrängende Volksbewegung in der Bundesrepublik Deutschland konstatiert, auf die die „reaktionäre“ Bonner Regierung mit Unterdrückungsmaßnahmen reagiere und damit „offen in die Fußstapfen der Nazifaschisten“ trete.

9. März 1969

Außenminister Brandt bekundet in einem Interview des

Deutschlandfunks das Interesse Bonns am Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zur Volksrepublik China; die Bundesregierung habe jedoch nicht die Absicht, den sowjetisch-chinesischen Interessengegensatz auszuschlachten.

12. September 1970

In einem Kommentar der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua wird der Moskauer Vertrag zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion vom 12.08.1970 scharf kritisiert: Der Vertrag erleichtere es Bonn, die DDR zu annektieren, und zementiere die Ansprüche der Bundesrepublik auf West-Berlin.

15. bis 28. Juli 1972

Der CDU-Politiker und ehemalige Außenminister Gerhard Schröder besucht auf Einladung des „Chinesischen Volksinstituts für Außenpolitische Angelegenheiten“ die Volksrepublik China in seiner Funktion als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages; er trifft u.a. den Ministerpräsidenten Zhou Enlai. In einer gemeinsamen Erklärung Schröders und Außenminister Qiao Guanhuas bringen beide Seiten den Wunsch nach baldiger Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Beijing zum Ausdruck.

10. bis 14. Oktober 1972

Besuch von Bundesaußenminister Walter Scheel in der Volksrepublik China; Scheel trifft mit Ministerpräsident Zhou Enlai und Außenminister Qi Pengfei zusammen. In einem gemeinsamen Kommuniqué geben die deutsche und chinesische Regierung ihren Beschluss bekannt, diplomatische Beziehungen aufzunehmen und in Kürze Botschafter auszutauschen; außerdem werden der Abschluss eines Handelsvertrages, der Austausch von Handelsdelegationen sowie die Aufnahme von Verhandlungen über ein Luftfahrtabkommen vereinbart.

1. Dezember 1972

Die Botschaften beider Länder nehmen offiziell ihre Arbeit auf; Geschäftsträger sind Wang Shu und Hans Alfred Stoger.

18. Dezember 1972

Paraphierung eines deutsch-chinesischen Handelsvertrages in Beijing, der bis 1974 gelten soll und Meistbegünstigung, Zahlungsverkehr sowie die Einsetzung einer gemischten Kommission regelt.

8. März 1973

Erstmals treffen zehn chinesische Stipendiaten in der Bundesrepublik ein. Sie bleiben für ein Jahr in Heidelberg.

30. März 1973

Willi Daume, Präsident des deutschen Nationalen Olympischen Komitees, besucht die VR China, um sich über den chinesischen Sport zu informieren und Gespräche über bilaterale Sportbeziehungen und die Taiwan-Frage zu führen.

18. April 1973

In Beijing tritt Rolf Pauls seinen Dienst als deutscher Botschafter an.

April bis Mai 1973

Eine chinesische Delegation besucht die Hannover-Messe; außerdem unternimmt eine Journalistendelegation der VR China eine Rundreise durch die Bundesrepublik und wird am 2. Mai vom CSU-Vorsitzenden Strauß empfangen.

22. Mai 1973

In Beijing trifft eine Delegation führender Konzernvertreter aus der Bundesrepublik Deutschland ein.

20. Juni 1973

Als erster Botschafter der VR China in Bonn überreicht Wang Yutian Bundespräsident Heinemann sein Beglaubigungsschreiben.

5. Juli 1973

Abkommen zwischen der Bundesregierung und der Regierung der VR China über den Handel und den Zahlungsverkehr. Dieses erste offizielle Handelsabkommen zwischen beiden Regierungen soll den Warenaustausch fördern und sieht die Bildung einer Gemischten Kommission vor; es schließt West-Berlin ausdrücklich ein.

8. bis 10. Oktober 1973

Die VR China ist auf der Internationalen Filmwoche in Mannheim erstmals bei einem deutschen Filmfestival vertreten.

22. Oktober bis 2. November 1973

Besuch des Bundesministers für Bildung und Forschung Klaus von Dohnany in der VR China; Vereinbarung eines Studentenaustauschs.

19. bis 23. November 1973

Bundesaußenminister Genscher trifft in Beijing mit Ministerpräsident Zhou Enlai zusammen und führt Gespräche über Sportaustausch, Umweltschutz und Handelsfragen.

2. Dezember 1973

Gründung der Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft, die laut ihrem Programm vom 28.04.1974 einen Beitrag zur Völkerverständigung leisten, den Kulturaustausch fördern und über China und die chinesische Politik informieren will.

13. März 1974

Unterzeichnung eines chinesischen Auftrags für den Bau eines Kaltwalzwerks in Wuhan mit der DEMAG und der Schloemann-Siemag GmbH; Auftragswert 650 Mio. DM.

19. bis 27. April 1974

Eine Delegation der Max-Planck-Gesellschaft besucht die VR China; am 25. April wird ein Abkommen mit der Chinesischen Akademie der Wissenschaften über ständigen wissenschaftlichen Austausch unterzeichnet.

20. April 1974

Abkommen zwischen der New China News Agency (Xinhua) und der dpa über Nachrichtenaustausch.

Mai bis Juni 1974

Eine erste Delegation chinesischer Wissenschaftler besucht die Bundesrepublik.

10. bis 18. Juni 1974

Anlässlich des Besuchs einer chinesischen Handelsdelegation unter Leitung von Sun Suochang in der Bundesrepublik Deutschland findet am 10. und 11. Juni die erste Sitzung der deutsch-chinesischen Gemischten Kommission statt.

2. bis 11. September 1974

Besuch des CDU-Parteivorsitzenden Kohl in China; Treffen mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Deng Xiaoping.

17. September 1974

Wang Shu löst den erkrankten Wang Yutian als neuer Botschafter der VR China in Bonn ab.

8. bis 11. Oktober 1974

Der stellvertretende chinesische Außenminister Qiao Guanhua besucht Bonn; Gespräche u.a. mit Bundeskanzler Schmidt, Außenminister Genscher und Gerhard Schröder.

12. bis 19. Oktober 1974

Eine Delegation des Deutschen Bundestages unter Leitung des Vizepräsidenten Richard Jäger besucht die VR China.

Januar 1975

Die Bundesrepublik entsendet Militärattachés nach Beijing.

12. bis 18. Januar 1975

Besuch des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß in der VR China; Strauß wird am 16.01. als erster bundesdeutscher Politiker von Staats- und Parteichef Mao Zedong empfangen.

13. bis 25. Juni 1975

Chinesische Nationalausstellung in Köln (Wirtschafts- und Handelsmesse) mit ca. 200.000 Besuchern.

8. Juni 1975

Abkommen zwischen der VR China und der EG zur Aufnahme offizieller Beziehungen.

August 1975

Die Beijinger Regierung erkennt als zweites sozialistisches Land (nach Jugoslawien) die EG an.

Am 29.8. wird ein deutsch-chinesisches Schifffahrtsabkommen paraphiert.

5. bis 18. September 1975

Eröffnung der Technogerma (Industrie- und Technikausstellung) in Beijing durch Bundeswirtschaftsminister Friedrichs und Otto Wolf von Amerongen; 350 Firmen stellen vor mehr als 250.000 Besuchern aus und führen Symposien durch.

15. bis 19. September 1975

Zweiter Besuch von Franz Josef Strauß in der VR China auf Einladung des Chinesischen Rats zur Förderung des Handels; Empfang bei Deng Xiaoping.

29. Oktober bis 2. November 1975

Staatsbesuch von Bundeskanzler Helmut Schmidt in der

VR China; Zusammentreffen mit Mao Zedong und Deng Xiaoping. Schmidt besucht als erster westeuropäischer Politiker die Grenzprovinz Xinjiang.

Unterzeichnet wird ein deutsch-chinesisches Abkommen über Meerestransporte und Zivilluftfahrt; Notenwechsel über die Einrichtung einer deutsch-chinesischen Wirtschaftskommission, die jährlich zusammentreffen soll.

1. bis 6. März 1976

Besuch des deutschen Forschungsministers Matthöfer in der VR China; enge wissenschaftliche Zusammenarbeit in Technik und Medizin wird vereinbart.

8. September 1976

Erwin Wickert trifft als neuer Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Beijing ein.

11. September 1976

In einem Beileidstelegramm von Bundeskanzler Helmut Schmidt an den chinesischen Ministerpräsidenten Hua Guofeng anlässlich des Todes des Parteivorsitzenden Mao Zedong würdigt Schmidt diesen als einen „Mann, der dem chinesischen Volk den Weg in die neue Zukunft gewiesen“ habe. Auch CSU-Vorsitzender Strauß würdigt Mao in einem Beileidstelegramm.

Oktober 1976

Eine Hochschuldelegation unter Leitung von P. Kreyenberg besucht die VR China.

23. November 1976

Botschafter Wang Shu verlässt die Bundesrepublik.

29. November bis 4. Dezember 1976

Tagung der deutsch-chinesischen Wirtschaftskommission in Beijing.

29. März 1977

Das Abkommen über den Seeverkehr tritt in Kraft.

30. März bis 11. April 1977

Hans Filbinger, Ministerpräsident Baden-Württembergs und stellvertretender CDU-Vorsitzender, auf Besuch in der VR China; Treffen u.a. mit dem neuen Ministerpräsidenten Hua Guofeng, Außenminister Huang Hua und Li Xiannian, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Staatsrates.

26. August 1977

Der neue chinesische Botschafter Zhang Tong trifft in Bonn ein.

12. September 1977

Erstmals besucht eine Delegation hochrangiger Militärs unter Leitung des ehemaligen Bundesluftwaffeninspektors und Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses General a.D. Steinhoff die VR China.

Ihr folgt am 20. September eine zweite Gruppe unter Leitung des Vorsitzenden des Militärausschusses des Bundestages Manfred Wörner.

12. bis 15. Oktober 1977

Erster Besuch des Bundesaußenminister Genscher in der VR China; Treffen mit Hua Guofeng, Huang Hua und Li

Xiannian.

Während des Besuchs wird am 14. Oktober das erste deutsch-chinesische Kulturaustauschprogramm unterzeichnet, das eine verstärkte Zusammenarbeit u.a. auf den Gebieten Hochschul- und Sprachstudium, Stipendien, Wissenschaftleraustausch, Musik, Ausstellungen und Sport vorsieht.

3. Februar 1978

In Brüssel einigen sich die EG-Kommission und die VR China auf ein nichtpräferenzielles Handelsabkommen über fünf Jahre, das alle bilateralen Wirtschaftsverträge ersetzt.

3. bis 10. April 1978

Außenhandelsminister Li Jiang besucht als erstes Kabinettsmitglied der VR China die Bundesrepublik und führt Gespräche mit Bundeskanzler Schmidt und Wirtschaftsminister Lambsdorff.

15. bis 25. Mai 1978

Landwirtschaftsminister Ertl besucht die VR China.

28. Mai bis 6. Juni 1978

Gu Mu, stellvertretender Ministerpräsident der VR China und Vorsitzender der Staatlichen Kommission für Industrielenkung, besucht die Bundesrepublik und trifft u.a. Bundeskanzler Schmidt, Außenminister Genscher und Wirtschaftsminister Lambsdorff.

August 1978

Eine Delegation der Alexander von Humboldt-Stiftung besucht die VR China.

September 1978

Besuch einer deutschen Wirtschaftsdelegation in China; ein Rahmenprotokoll sieht die Lieferung deutscher Industriegüter im Wert von acht Milliarden DM vor.

17. bis 28. September 1978

Besuch der chinesischen Fußballnationalmannschaft in der Bundesrepublik Deutschland.

4. bis 14. Oktober 1978

Der chinesische Minister für Wissenschaft und Technologie Fang Yi besucht auf Einladung von Bundesforschungsminister Hauff die Bundesrepublik Deutschland; am 9.10. wird ein Abkommen über wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit unterzeichnet. Beide Seiten legen einzelne Fachgebiete und gemeinsame Projekte fest, vornehmlich auf den Gebieten Energieforschung und -technologie, physikalische Grundlagenforschung sowie Agrar-, Medizin-, Luftfahrt- und Weltraumforschung; besonders der Austausch von Wissenschaftlern soll verstärkt werden. Das Abkommen tritt am 10.11.1978 in Kraft.

Februar 1979

Eine erste Gruppe von 32 chinesischen Stipendiaten der Alexander von Humboldt-Stiftung trifft in der Bundesrepublik ein.

21. Februar 1979

Bekanntgabe von drei Abkommen des Luft- und Raumfahrtkonzerns Messerschmitt-Bölkow-Blohm mit der VR

China über den Bau von Fernsatselliten, Zusammenarbeit und Lizenzvergabe für die Produktion von Hubschraubern und die Ausbildung chinesischer Techniker.

24. März 1979

Premiere von Bertolt Brechts Drama „Leben des Galilei“ in Beijing als erste Aufführung eines ausländischen Theatstückes nach dem Ende der Kulturrevolution.

April 1979

Besuche des ehemaligen Bundesaußenministers Schröder (ab 7.4.), einer Delegation des Deutschen Gewerkschaftsbundes unter der Leitung von Heinz Oskar Vetter (12.4.) und einer Parlamentarierdelegation unter Horst Ehmke (12.4.) in der VR China.

3. Mai 1979

Die chinesische Fluggesellschaft CAAC nimmt einen regelmäßigen Flugverkehr Frankfurt-Beijing-Frankfurt auf.

5. Juni 1979

In Beijing wird die erste repräsentative Ausstellung deutscher Bücher eröffnet.

30. Juli bis 13. August 1979

Der chinesische Landwirtschaftsminister Huo Shilian besucht die Bundesrepublik; er vereinbart mit seinem Amtskollegen Ertl die Gründung einer deutsch-chinesischen Arbeitsgruppe „Landwirtschaft“.

20. bis 26. August 1979

Besuch von Bundesinnenminister Baum in China.

29. September 1979

Eröffnung einer Käthe-Kollwitz-Ausstellung im Beijinger Kulturpalast der Werktätigen.

22. bis 28. Oktober 1979

Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Hua Guofeng in der Bundesrepublik Deutschland; Hua besucht Bonn, Trier, Hamburg, Stuttgart und München.

24. Oktober 1979

Abkommen zwischen den Regierungen der Bundesrepublik und der VR China über wirtschaftliche Zusammenarbeit. Beide Seiten wollen die wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit fördern und legen dazu Bereiche und Projekte der Kooperation fest. Außerdem stimmen sie darin überein, einen Gemischten Ausschuss aus Regierungs- und Wirtschaftsvertretern zu bilden. Das Abkommen wird 1985 um weitere zehn Jahre verlängert. Zusätzlich werden ein Abkommen über die Errichtung von Konsulaten in Hamburg und Shanghai und ein Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit verabschiedet sowie ein Kulturaustauschprogramm für 1980 beschlossen, das gemeinsame Aktivitäten in den Bereichen Wissenschaft, Bildung, Sprachförderung, Kunst, Musik, Medien und Sport umfasst.

28. Oktober bis 2. November 1979

Herbert von Karajan und die Berliner Philharmoniker geben drei Konzerte in Beijing.

16. November 1979

Verkehrsminister Hauff besucht die VR China und unter-

zeichnet fünf Abkommen über gemeinsame Forschungsprojekte.

Januar 1980

Eröffnung einer Gedächtnisausstellung über den chinesischen Schriftsteller Lu Xun in West-Berlin.

10. bis 22. Januar 1980

Besuch einer chinesischen Gewerkschafterdelegation unter Leitung des Vizepräsidenten des Allchinesischen Gewerkschaftsbundes Chen Yu.

März 1980

Günther Schoedel löst als neuer Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Beijing Erwin Wickert ab, der altersbedingt in den Ruhestand tritt.

1. April 1980

Acht chinesische Handelskooperationen eröffnen in Hamburg ein Außenhandelszentrum.

12. bis 22. Mai 1980

Besuch von Bundesgesundheitsministerin Anke Huber in der VR China; sie unterzeichnet ein deutsch-chinesisches Gesundheitsabkommen, das den Austausch von wissenschaftlichen Informationen sowie die gegenseitige Entsendung von Ärzten vorsieht.

15. bis 25. Mai 1980

Der chinesische Erziehungsminister Jiang Nanxiang besucht die Bundesrepublik.

18. bis 19. Juni 1980

Arbeitsbesuch des chinesischen Außenministers Huang Hua in Bonn.

8. Juli 1980

Die Lufthansa eröffnet ihre neue Fluglinie Frankfurt-Beijing; mit dem ersten Flug trifft eine Delegation unter der Leitung des Bundestagsvizepräsidenten Richard Stücklen zu einem Besuch in China ein.

9. bis 20. August 1980

Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff besucht die VR China; in Beijing findet die erste Sitzung des chinesisch-deutschen Wirtschaftsrates statt.

27. September bis 24. Oktober 1980

Gastspiel des Beijinger Volkskunsttheaters in der Bundesrepublik Deutschland; aufgeführt wird das Stück „Das Teehaus“ (*Chaguan*) von Lao She.

13. Oktober 1980

Unterzeichnung des 5. Abkommens der Bundesrepublik und der VR China über den Kulturaustausch in den Bereichen Wissenschaft, Hochschulen und Sprachförderung.

27. bis 29. Oktober 1980

Erste Sitzung der deutsch-chinesischen Kommission für technologisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit.

17. November 1980

Eine Delegation der IG Metall unter der Leitung ihres Vorsitzenden Eugen Loderer besucht die VR China.

März 1981

Die VR China ist auf der Hannover-Messe erstmals als Aussteller vertreten.

4. April 1981

Der stellvertretende Ministerpräsident der VR China Gu Mu besucht die Bundesrepublik.

April 1981

Gründung der „Tianjin Liming Cosmetics Joint Industrial Company“ mit Beteiligung der deutschen Wella AG als erstes deutsch-chinesisches Joint Venture auf der Grundlage des am 01.07.1979 erlassenen „Gesetzes der VR China über Gemeinschaftsunternehmen mit chinesischer und ausländischer Kapitalbeteiligung“.

Mai 1981

Auf der Basis eines Abkommens mit der Bank of China errichten die Deutsche Bank und die Dresdner Bank je eine Repräsentanz in Beijing.

12. bis 25. Juni 1981

Zweite Nationalausstellung der VR China auf dem Kölner Messegelände.

25. Juni bis 5. Juli 1981

Das Land Baden-Württemberg zeigt in Shenyang eine Ausstellung von Industrietechniken; zur Eröffnung reist Ministerpräsident Späth nach Shenyang.

10. August 1981

Bundesbildungsminister Engholm besucht die VR China.

22. September 1981

Verkehrsminister Hauff unterzeichnet in Beijing ein Abkommen über deutsch-chinesische Zusammenarbeit im Eisenbahnwesen.

29. September 1981

Abschluss eines Abkommens zwischen der Chinesischen Akademie der Wissenschaften und der Max-Planck-Gesellschaft.

5. bis 6. Oktober 1981

Bundesaußenminister Genscher trifft in Beijing erstmals mit dem neuen chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang zusammen.

9. Oktober 1981

In Beijing wird das gemeinsame Kulturprogramm für 1982/83 unterzeichnet.

4. November 1981

Die Nachrichtenagentur Xinhua und die Deutsche Welle unterzeichnen ein Abkommen über den Austausch von Journalisten.

20. März 1982

In Beijing findet eine Gedenkfeier anlässlich des 150. Todestages von Johann Wolfgang von Goethe statt.

17. bis 21. Mai 1982

Erste Tagung der Gemischten deutsch-chinesischen Wirtschaftskommission in Bonn; die chinesische Delegation wird von der Außenhandelsministerin Chen Muhua ge-

leitet.

13. bis 16. Juni 1982

Der chinesische Außenminister Huang Hua auf Besuch in Bonn.

September 1982

Chinareise des Sicherheits- und Abrüstungsexperten der SPD Egon Bahr; Bahr stellt wachsendes chinesisches Verständnis für das vitale deutsche Interesse an Entspannungspolitik fest und bekräftigt die Haltung der SPD, dass China nicht zum Instrument westlicher Politik gegen die Sowjetunion werden könne.

10. bis 17. Oktober 1982

Besuch des Bundespräsidenten Karl Carstens in China.

13. Oktober 1982

Abkommen zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der VR China über technische Zusammenarbeit, das Rahmenbedingungen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten festlegt.

Mai 1983

Erste Konsultationen zwischen der EG und der VR China unter deutscher Präsidentschaft in Bonn.

22. August 1983

Die Vereinbarung über ein „Projekt zur Förderung des Patentwesens in der VR China“, das das deutsche und chinesische Patentamt beschlossen haben, tritt in Kraft.

7. Oktober 1983

Abkommen zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der VR China über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen; das Abkommen soll günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Investoren im jeweils anderen Land schaffen, so z.B. im Rahmen gemeinsamer Joint Ventures. Das Abkommen tritt am 18.03.1985 in Kraft.

7. bis 13. Oktober 1984

Reise Bundeskanzler Helmut Kohls in die Volksrepublik China; Kohl spricht mit Ministerpräsident Zhao Ziyang, mit Deng Xiaoping, dem Generalsekretär der KPCh Hu Yaobang, dem Staatspräsidenten Li Xiannian, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Li Peng und Außenminister Wu Xueqian.

Im Beisein Kohls und Zhao Ziyangs wird am 10. Oktober ein Vertrag zwischen der mit 50% beteiligten Volkswagen AG und drei chinesischen Partnern unterschrieben; Shanghai Volkswagen soll ab März 1985 den Santana produzieren.

Juni 1985

Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang in der Bundesrepublik Deutschland.

Juni 1985

Festival „Horizonte“ in Berlin unter starker Beteiligung chinesischer Künstler und Schriftsteller.

20. Juli 1985

In einem Interview des SPD-Organs *Vorwärts* betont der

Generalsekretär der KPCh Hu Yaobang die gemeinsamen Ansichten Chinas und der SPD; besonders würdigt er das langjährige Eintreten des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt für Entspannung und Frieden.

1. September 1985

Die Shanghai-Volkswagen Automotive Company Ltd. (SVW) nimmt ihre Geschäftstätigkeit in vollem Umfang auf.

2. bis 10. Oktober 1985

Besuch des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß in Beijing; Strauß spricht u.a. mit Deng Xiaoping. Strauß schätzt die Möglichkeiten der deutschen Wirtschaft in China als „kurzfristig schlecht, mittelfristig gut, langfristig sehr gut“ ein.

10. Juni 1986

Unterzeichnung eines Doppelbesteuerungsabkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der VR China; das Abkommen tritt am 14.05.1986 in Kraft.

12. bis 16. Juni 1986

Besuch des Generalsekretärs der KPCh Hu Yaobang in der Bundesrepublik. In einer Rede vor dem Deutschen Industrie- und Handelstag fasst Hu die Gründe für die guten Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern zusammen und bekundet den Wunsch Beijings nach einer Steigerung des Technologietransfers und einer Senkung des chinesischen Handelsdefizits.

2. September 1986

Bundeswirtschaftsminister Bangemann eröffnet in Anwesenheit des chinesischen Ministers für außenwirtschaftliche Beziehungen und Außenhandel Zheng Tuobin die 5. Tagung des deutsch-chinesischen Gemischten Ausschusses in Beijing. Zu den Themen der Tagung zählen die Intensivierung und der Ausbau des bilateralen Warenaustauschs, der schrittweise Abbau des chinesischen Handelsdefizits und die Förderung von industriellen Kooperationen, insbesondere von Joint Ventures.

20. bis 25. März 1987

Besuch des chinesischen Außenministers Wu Xueqian in der Bundesrepublik.

Themen der Gespräche mit Bundeskanzler Kohl und Bundesaußenminister Genscher sind die bilateralen Beziehungen, die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Ost-West-Beziehungen sowie Abrüstungsfragen.

12. bis 19. Juli 1987

Besuch Bundeskanzler Helmut Kohls in der VR China; Kohl sagt u.a. zu, die Zahl der in Deutschland tätigen chinesischen Studenten, Graduierten und Praktikanten von 2.000 auf 3.000 zu erhöhen.

14. Oktober 1987

Ein Antrag der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Die Grünen zu den Menschenrechtsverletzungen in Tibet bringt die Besorgnis des Bundestages über die Unruhen in Tibet (am 27.9. und 1.10.1987) und die harten Gegenmaßnahmen der chinesischen Regierung zum Ausdruck. Der Antrag fordert die Erhaltung der tibetischen Kultur und Religion sowie die Freilassung der politischen

Gefangenen in Tibet. Der Antrag wird am folgenden Tag einstimmig angenommen.

25. März 1988

Vereinbarung zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der VR China über die Errichtung eines Goethe-Instituts in der Volksrepublik.

5. Mai 1988

Unterzeichnung eines Vertrages zur Gründung des „Deutsch-chinesischen Instituts für Wirtschaftsrecht in Nanjing“ zwischen den Universitäten Göttingen und Nanjing; das Institut nimmt seine Arbeit im Oktober 1989 auf.

3. bis 12. Oktober 1988

Besuch des stellvertretenden chinesischen Ministerpräsidenten Yao Yilin in der Bundesrepublik Deutschland.

5. Oktober 1988

Die EG-Kommission eröffnet eine Repräsentanz in Beijing.

30. Oktober bis 1. November 1988

Besuch des deutschen Außenministers Hans-Dietrich Genscher in der VR China. Beide Seiten bekräftigen in einem gemeinsamen Protokoll, ihre Konsultationen ausweiten und vertiefen zu wollen, um die bilaterale Zusammenarbeit auf allen Gebieten zu stärken.

1. November 1988

Die Repräsentanz des Goethe-Instituts in Beijing wird von Bundesaußenminister Genscher offiziell eröffnet.

4.2 Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der VR China

16. Oktober 1949

Mao Zedong beglückwünscht Wilhelm Pieck zur Gründung der DDR. Die Außenminister Zhou Enlai und Georg Dertinger bekunden in ihren Telegrammen vom 25. und 27. Oktober den Wunsch nach rascher Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und der DDR.

4. November 1950

Abschluss eines Abkommens über Warenaustausch und Zahlungsverkehr zwischen der DDR und der VR China.

1950 bis 1955

Johannes König, zunächst als Chef der diplomatischen Mission, später als erster Botschafter der DDR, in Beijing.

Juni 1951

Erste Deutsch-Chinesische Freundschaftswoche in Ost-Berlin.

16. Juli 1951

Eine chinesische Delegation reist zu den III. Weltfestspielen der Jugend und Studenten nach Ost-Berlin.

9. Oktober 1951

Unterzeichnung eines Abkommens über kulturelle Zusammenarbeit zwischen der VR China und der DDR.

12. Oktober 1951

Unterzeichnung eines Abkommens über den Post- und Fernmeldeverkehr zwischen der VR China und der DDR.

Februar 1952

Die chinesische Regierung lädt Wilhelm Pieck in die VR China ein; die Einladung bleibt unbeantwortet.

April bis Mai 1953

Industrierausstellung der DDR in Beijing; die Ausstellung wird anschließend auch in Shanghai gezeigt.

Ende Juni 1953

Die VR China beteiligt sich an Sonderlieferungen zur Stabilisierung der Lage in der DDR nach dem 17. Juni.

31. Juli 1953

Unterzeichnung eines Abkommens über den durchgehenden Fracht- und Passagier-Eisenbahnverkehr zwischen der VR China, der UdSSR, der DDR, Albanien, Bulgarien, der CSSR, der Mongolei, Nordkorea, Polen, Rumänien und Ungarn.

11. August 1953

Ministerpräsident und Außenminister Zhou Enlai sagt Ministerpräsident Grotewohl zu, dass die VR China die DDR mit Warenlieferungen zur Überwindung der Schwierigkeiten unterstützen werde, die zu den Ereignissen vom 17. Juni führten.

23. bis 25. Juli 1954

Zhou Enlai besucht auf Einladung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl die DDR; in einem gemeinsamen Kommuniqué bekräftigen beide Seiten ihren Wunsch nach einer Fortsetzung der Politik des Friedens, der Zusammenarbeit und der Freundschaft zwischen den Völkern und verurteilen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland und Japans als Bedrohung des Friedens in Europa und Asien. Grotewohl empfiehlt Zhou ferner, auf westdeutsche Angebote zu Handelsbeziehungen einzugehen.

Zhou erhält die Ehrendoktorwürde der juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin.

27. Dezember 1954

Unterzeichnung eines Protokolls zwischen den Ministerien für Hochschulwesen der VR China und der DDR über den Austausch von Forschungsaspiranten und Studenten.

1955 bis 1958

Richard Gyptner als Botschafter der DDR in der VR China.

7. April 1955

Ein Erlass des Vorsitzenden Mao Zedong stellt die Aufhebung des Kriegszustandes zwischen der VR China und Deutschland fest. Der Erlass berührt ausdrücklich nicht „die Rechte und übernommenen Verpflichtungen der VR China aus den Deutschland betreffenden internationalen Abkommen“.

6. Mai 1955

Beginn eines Besuches des Verteidigungsministers der VR China Peng Dehuai in Ost-Berlin.

14. Mai 1955

Der Verteidigungsminister und stellvertretende Ministerpräsident der VR China Peng Dehuai erklärt auf der Warschauer Konferenz von acht sozialistischen Staaten in Europa, dass die VR China im Falle einer „imperialistischen Aggression in Europa“ fest an ihrer Seite stehen wird. Im Ergebnis der Konferenz unterschreiben die UdSSR, die DDR, Albanien, Bulgarien, die CSSR, Polen, Rumänien und Ungarn den Warschauer Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand („Warschauer Pakt“).

20. November 1955

Unterzeichnung eines Abkommens über Warenaustausch und Zahlungsverkehr in Ost-Berlin.

8. Dezember 1955

Eine Regierungsdelegation der DDR unter der Leitung von Ministerpräsident Grotewohl trifft zu einem Staatsbesuch in Beijing ein.

25. Dezember 1955

Abschluss eines gleichberechtigten Grundsatzvertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der DDR und der VR China durch Otto Grotewohl und Zhou Enlai in Beijing; zusätzlich werden Abkommen über Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur und der Landwirtschaft unterzeichnet.

In einer gemeinsamen Erklärung der Regierungen beider Länder spricht sich die DDR außerdem für die Normalisierung der Beziehungen zwischen der VR China und der Bundesrepublik Deutschland aus.

26. März 1956

Unterzeichnung eines Abkommens über den Bau eines gemeinsamen Atomforschungszentrums zwischen der VR China, Nordkorea, der Mongolei und den Staaten des Warschauer Paktes.

15. bis 27. September 1956

Auf dem VIII. Parteitag der KP Chinas in Beijing nimmt unter anderen auch eine Delegation der SED unter Leitung des Ersten Sekretärs des ZK Walter Ulbricht teil; am 23. September führt Ulbricht eine fast zweistündige Unterredung mit Mao Zedong, Liu Shaoqi und Wang Jiaxiang.

24. Oktober 1956

Übereinkunft zwischen den Akademien der Wissenschaften der VR China und der DDR über wissenschaftliche Zusammenarbeit.

14. Januar 1957

Bei einem Besuch in der DDR spricht sich der chinesische Ministerpräsident Zhou Enlai für die Oder-Neisse-Grenze aus.

Mai 1957

Otto Grotewohl lädt Mao Zedong nach Berlin ein; der Besuch wird jedoch aufgrund wachsender Spannungen zwi-

schen Moskau und Beijing abgesagt.

8. September 1957

Eine Militärdelegation der DDR unter Leitung des Ministers für Nationale Verteidigung trifft in Beijing ein.

26. September 1957

Unterzeichnung eines Protokolls über die Lieferung von Ausrüstungen für Kraftwerke, Zementwerke und Betriebe der Leichtindustrie durch die DDR an die VR China. Danach leistet die DDR Hilfe beim Bau von 41 Industriebetrieben, darunter von Werken der Produktion von Zement, chemischem und optischem Glas, Papier, Düngemitteln, synthetischen Geweben, Transformatoren und Kabeln; die DDR bezieht ihrerseits vor allem industrielle Rohstoffe und Lebensmittel aus China und unterhält nach der UdSSR die umfangreichsten ökonomischen Beziehungen zur VR China.

16. Dezember 1957

Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der VR China und der DDR über Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens.

1958 bis Februar 1961

ZK-Mitglied Paul Wandel als Botschafter der DDR in der VR China.

22. bis 29. Januar 1959

Zweiter Besuch einer Regierungsdelegation der DDR unter Leitung des Vorsitzenden des Ministerrates Grotewohl in China; es kommt zur Unterzeichnung eines Konsularvertrages zwischen der VR China und der DDR, in dem u.a. die Einrichtung eines Generalkonsulats der DDR in Shanghai vereinbart wird.

Bei den Beratungen über die Gemeinsame Erklärung vom 27. Januar werden im Verlauf einer längeren Auseinandersetzung zwischen beiden Seiten erstmals unterschiedliche Positionen bezüglich der Beurteilung der Bundesrepublik Deutschland deutlich.

April bis Mai 1959

Besuch einer chinesischen Militärdelegation unter Verteidigungsminister Marschall Peng Dehuai in der DDR.

30. April bis 10. Mai 1959

Reise einer Delegation der DDR unter Leitung des Vorsitzenden der Zentralen Parteikontrollkommission der SED Hermann Matern in die VR China; Matern führt u.a. ein längeres Gespräch mit Mao Zedong, in dem beide Seiten ihre weitgehende Übereinstimmung in der Frage der – von Chruschtschow als „reaktionär“ eingestuften – Volkskommunen feststellen.

Oktober 1959

Die für diesen Monat geplante deutsch-chinesische Freundschaftswoche wird auf chinesischen Wunsch auf den Januar 1960 verlegt; sie findet dann überhaupt nicht mehr statt.

18. Januar 1960

Der Minister für Außenhandel der DDR Heinrich Rau unterzeichnet in Beijing ein Abkommen zwischen der VR China und der DDR über Handel, Schifffahrt und Zah-

lungsverkehr für die Jahre bis 1962.

Januar 1960

Vereinbarung eines Besuches von Staatspräsident Liu Shaoqi in der DDR; der Besuch findet jedoch nicht mehr statt.

24. bis 26. Juni 1960

Auf der Konferenz der kommunistischen Arbeiterparteien in Bukarest greift Walter Ulbricht die chinesischen Genossen bezüglich der Propagierung der Volkskommunen in der DDR scharf an; damit stellt sich die Ost-Berliner Regierung im Konflikt zwischen Moskau und Beijing offen auf die Seite der Sowjetunion.

August 1960

Eine interne Anweisung der SED-Führung unterbindet die Verbreitung bestimmter politischer Literatur aus China in der DDR; der Import von Büchern des Verlages für fremdsprachige Literatur in Beijing wird stark begrenzt.

Februar 1961 bis 1964

Josef Hegen als Botschafter der DDR in der VR China.

15. Juni 1961

Unterzeichnung eines Abkommens zwischen den Staatsbanken der VR China und der DDR.

31. August 1961

In einem Gespräch mit Botschafter Hegen bringt der Außenminister der VR China Chen Yi seine uneingeschränkte Zustimmung zum Bau der Berliner Mauer zum Ausdruck.

3. bis 11. Oktober 1961

Eine chinesische Partei- und Regierungsdelegation unter Leitung des stellvertretenden Ministerpräsidenten He Long reist zur Teilnahme an den Feierlichkeiten zum 12. Jahrestag der Gründung der DDR nach Ost-Berlin; die chinesische Delegation wird nur sehr kühl empfangen.

15. bis 21. Januar 1963

Anlässlich des Besuches einer chinesischen Delegation auf dem VI. Parteitag der SED in Ost-Berlin tritt der ideologische Konflikt zwischen der SED und der KP Chinas bezüglich der Reformpolitik Chruschtschows offen zutage. Walter Ulbricht appelliert in seinem Schlusswort eindringlich an die KP Chinas, „im Interesse der Einheit der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung“ auf eine öffentliche Austragung von Meinungsverschiedenheiten zu verzichten.

9. Februar 1963

Abschluss von Abkommen über den nichtkommerziellen Zahlungsverkehr u.a. zwischen der VR China und der DDR.

1964 bis 1966

Günter Kohrt als Botschafter der DDR in der VR China.

10. November 1964

Anlässlich des sowjetischen Staatsfeiertages zum 47. Jahrestag der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“ trifft Walter Ulbricht in Moskau mit Zhou Enlai zusammen; beide Seiten bekunden ihre nach der Ablö-

sung Chruschtschows (14. Oktober) wiedererwachte Bereitschaft zur Kooperation.

Februar 1965

Erstmals seit 1960 beteiligt sich die VR China wieder an der Leipziger Frühjahrsmesse.

15. Juli 1965

Unterzeichnung eines Abkommens über Studenten- und Wissenschaftleraustausch zwischen der VR China und der DDR.

Februar 1966 bis Oktober 1968

Martin Bierbach als Botschafter der DDR in der VR China.

Februar 1967

Die letzten chinesischen Studenten verlassen die DDR „zur Teilnahme an der Großen Proletarischen Kulturrevolution“. In Beijing kommt es zu tätlichen Angriffen auf Angehörige der DDR-Botschaft durch Rotgardisten.

13. April 1967

Das ZK der KP Chinas lehnt eine Einladung zum VII. Parteitag der SED ab.

März 1969 bis Juni 1973

Gustav Hertzfeld als Botschafter der DDR in der VR China.

April 1969

Auf der 10. Tagung ihres ZK stellt sich die SED-Führung uneingeschränkt hinter die UdSSR und verurteilt die im März am Ussuri ausgebrochenen militärischen Auseinandersetzungen zwischen der Sowjetunion und China als „blutige Provokationen der Mao-Tse-tung-Gruppe“.

Februar 1973

Erstmals seit 1966 beteiligt sich die VR China wieder mit einer Ausstellung an der Leipziger Frühjahrsmesse.

1973 bis 1975

ZK-Mitglied Johann Wittik Botschafter der DDR in der VR China.

1976 bis 1982

Helmut Liebermann als Botschafter der DDR in der VR China.

7. September 1976

In einem knapp gehaltenen Staatstelegramm übermittelt der Generalsekretär des ZK der SED Honecker dem ZK der KP Chinas seine Anteilnahme bezüglich des Todes von Mao Zedong.

11. bis 16. April 1981

In seinem Bericht zum X. Parteitag der SED betont Erich Honecker das Interesse der DDR an guten Beziehungen mit der VR China.

12. bis 16. Mai 1981

Aufenthalt einer Delegation der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED an der Botschaft der DDR in Beijing.

16. bis 23. August 1981

Mit einem von der Botschaft der VR China initiierten Aufenthalt zweier hochrangiger Mitarbeiter des ZK der KP Chinas in der DDR und ihrer Teilnahme an einem inoffiziellen Essen mit Mitarbeitern des ZK der SED kommt es zu einem ersten direkten Kontakt zwischen beiden Parteien seit Mitte der 60er Jahre.

Februar 1982

Der Austausch von Gastdozenten markiert faktisch die Wiederaufnahme der seit 1968 eingestellten kulturellen Beziehungen zwischen der DDR und der VR China.

7. März 1983

Das Sekretariat des ZK der SED beschließt die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen der Liga für Völkerfreundschaft der DDR und dem Verband der chinesischen Freundschaftsgesellschaften und besiegelt damit offiziell die Wiederaufnahme kultureller Beziehungen zwischen beiden Ländern; der Vizepräsident der Liga Paul Wandel nimmt die Einladung zu einer Reise in die VR China an.

23. Juni 1983

Abschluss eines Abkommens über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesen; es ist das erste Regierungsabkommen zwischen der DDR und der VR China seit mehr als 15 Jahren.

10. Mai 1984

Unterzeichnung eines Abkommens über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Regierung der DDR und der Regierung der VR China in Beijing.

19. bis 21. Mai 1985

Offizieller Besuch des stellvertretenden Ministerpräsidenten der VR China Li Peng in der DDR; Li begegnet u.a. dem Generalsekretär des ZK der SED und Staatsratsvorsitzenden Honecker.

15. Juli 1985

Unterzeichnung eines langfristigen Handelsabkommens zwischen der DDR und der VR China für die Jahre 1986-1990.

21. bis 26. Oktober 1986

Besuch des Staatsratsvorsitzenden und SED-Generalsekretärs Honecker in der VR China; Honecker trifft u.a. auf den Generalsekretär des ZK der KP Chinas Hu Yaobang (22. und 24.10.), den Ministerpräsidenten Zhao Ziyang (22.10.) und den Vorsitzenden der Zentralen Beraterkommission Deng Xiaoping (23.10.).

Am 24.10. wird ein „Abkommen zur Entwicklung der langfristigen wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit“ unterzeichnet. Das Abkommen hat mit 15 Jahren die längste Laufzeit unter vergleichbaren Abkommen, die die VR China mit anderen osteuropäischen Ländern geschlossen hat. Schwerpunkte liegen unter Bevorzugung von Hochtechnologien in den Bereichen der Elektrotechnik, des Werkzeugmaschinenbaus und der Rohstoffveredelung. Daneben will sich die DDR an der Ausbildung von Ingenieuren und Technikern sowie der Modernisierung von chinesischen Betrieben beteiligen.

14. Mai 1987

Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der VR China und der DDR über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit. Der von 1986 bis 1990 laufende Vertrag soll besonders die Kooperation bei der Nutzung von Kernenergie verstärken.

8. bis 11. Juni 1987

Besuch des Generalsekretärs der KP Chinas und Ministerpräsidenten Zhao Ziyang in der DDR; im Verlauf von zwei Begegnungen mit Erich Honecker informiert Zhao den Staatsratsvorsitzenden u.a. über die Hintergründe des Sturzes seines Vorgängers Hu Yaobang.

8. Juni 1989

Während an verschiedenen Orten der DDR zahlreiche evangelische Gemeinden sowie Friedens- und Menschenrechtsgruppen gegen die Vorgänge vom 4. Juni protestieren, unterstützt die Volkskammer der DDR in einer offiziellen Erklärung „Zu den aktuellen Ereignissen in der VR China“ die Entscheidung der chinesischen Regierung, die Protestdemonstrationen auf dem Tiananmen am 3./4. Juni militärisch niederzuschlagen.

11. und 12. Juni 1989

Auf einem Zwischenhalt in Ost-Berlin wird der Außenminister der VR China Qian Qichen vom Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Oskar Fischer empfangen; Fischer betont nochmals die „Solidarität und Verbundenheit mit der VR China und dem chinesischen Bruder-volk“ im Hinblick auf die „Niederschlagung des konterrevolutionären Aufstandes“.

September 1989

Gastspiel eines Ensembles der Peking-Oper in Ost-Berlin. Im Ausstellungszentrum am Fernsehturm wird im Rahmen der „Pekinger Tage in Berlin“ eine Ausstellung von Produkten der chinesischen Textil- und Leichtindustrie gezeigt.

Gleichzeitig besucht eine Delegation der staatlichen Kommission für Bildungswesen der VR China die DDR.

25. September bis 2. Oktober 1989

Besuch einer Partei- und Staatsdelegation der DDR unter Leitung des stellvertretenden Staatsratsvorsitzenden Egon Krenz in der VR China zur Teilnahme an den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Gründung der VR China; Krenz führt Gespräche mit hochrangigen Funktionären der KP Chinas, darunter dem neuen ZK-Generalsekretär Jiang Zemin, Politbüro-Mitglied Qiao Shi und angeblich auch Deng Xiaoping.

9. Oktober 1989

Zusammentreffen des Politbüromitglieds Yao Yilin mit dem Generalsekretär der SED Honecker in Ost-Berlin; beide betonen einvernehmlich die völlige Übereinstimmung beider Parteien in Fragen des sozialistischen Aufbaus und des Weltfriedens.

Anfang November 1989

In der chinesischen Presse wird weder über die Massenflucht von DDR-Bürgern in die Vertretungen der Bundesrepublik in Budapest und Prag noch über die großen Demonstrationen von Leipzig berichtet. Die Öffnung der

Berliner Mauer am 9. November wird in der *Renmin Ribao* als souveräner Akt der DDR-Regierung dargestellt.

13. Dezember 1989

Unterzeichnung eines Warenaustauschprotokolls zwischen der VR China und der DDR für 1990 in Ost-Berlin.

7. Juni 1990

In einer gemeinsamen Erklärung aller Fraktionen bedauert die erste frei gewählte Volkskammer der DDR die Erklärung „Zu den aktuellen Ereignissen in der Volksrepublik China“ vom 8. Juni 1989; sie gedenkt der Opfer der Niederschlagung der Demonstrationen vom Tiananmen und beklagt die Menschenrechtsverletzungen in China und insbesondere in Tibet.

1. Oktober 1990

Der Botschafter der VR China in der DDR Zhang Dake verlässt Ost-Berlin und kehrt nach Beijing zurück.

5 Das wiedervereinigte Deutschland und die Volksrepublik China (1989 bis heute)

5. Juni 1989

In einem Appell der Bundesregierung an die chinesische Führung wird der militärische Einsatz am 3./4. Juni in Beijing bedauert und die chinesische Regierung aufgefordert, von weiterer Gewaltanwendung abzusehen. In der Folgezeit kommt es zu einer deutlichen Verschlechterung der bilateralen Beziehungen.

15. Juni 1989

In einem Entschließungsantrag sämtlicher Fraktionen äußert der Deutsche Bundestag sein Entsetzen über die gewaltsame Niederschlagung der Demonstrationen in China; er trauert um die Opfer des Militäreinsatzes, beklagt die Menschenrechtssituation in China und Tibet und setzt sich für Sanktionen gegen Beijing ein.

16. Juni 1989

Bundeskanzler Helmut Kohl spricht sich in einen Gnadenappell an den chinesischen Ministerpräsidenten Li Peng angesichts der bekannt gewordenen Todesurteile dafür aus, aus humanitären Gründen von der Vollstreckung der Urteile abzusehen. Nicht Vergeltung, sondern Versöhnung sei das Gebot der Stunde.

23. Juni 1989

Der Bundestag verurteilt auf Antrag aller Fraktionen die Todesurteile in China sowie deren öffentliche Vollstreckung und fordert weitere Sanktionen gegen Beijing durch die internationale Staatenwelt, u.a. durch Aussetzung von Weltbank-Krediten.

13. Juli 1989

Staatssekretär Repnik vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit gibt bekannt, dass die deutsche Regierung alle Kontakte mit China auf hoher diplomatischer Ebene eingefroren habe; Reisen von Experten seien gestoppt und Berater zurückgerufen worden.

14. Oktober 1989

In einem ersten offiziellen Kommentar zur „Frage der deutschen Vereinigung“ in der Beijinger *Renmin Ribao* wird der Zehn-Punkte-Plan von Bundeskanzler Kohl zum schrittweisen Vollzug der Wiedervereinigung über den Weg der Konföderation deutlich negativ kritisiert.

7. März 1990

Die Bundesregierung bewilligt einen Kredit in Höhe von 450 Mio. US\$ für den Ausbau der U-Bahn in Shanghai.

28. März 1990

Eine Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages beklagt die Verhängung des Kriegsrechts in Tibet und die systematische Verletzung der grundlegenden Menschenrechte des tibetischen Volkes.

23. August 1990

Die deutsch-chinesische Luftfahrtschule wird in Beijing als Gemeinschaftsprojekt von Lufthansa und Air China eröffnet.

3. Oktober 1990

Der stellvertretende Ministerpräsident der VR China Wu Xueqian äußert in einer Erklärung gegenüber dem deutschen Botschafter in Beijing Hellbeck die Freude seiner Regierung darüber, dass Deutschland seine Einheit in Frieden verwirklicht habe. Beijing hoffe, dass die Vereinigung zu Frieden und Stabilität in Europa und der Welt beitragen werde.

7. Oktober 1990

Scharfe Proteste der chinesischen Regierung gegen das Treffen von Bundespräsident von Weizsäcker mit dem Dalai Lama.

22. Oktober 1990

Die EG fasst einstimmig den Beschluss, die Beziehungen zur VR China zu normalisieren; eingeschränkt bleiben lediglich Rüstungslieferungen.

23. Oktober 1990

Die Fraktionen der Koalitionsparteien der CDU/CSU und der FDP beschließen gegen die Stimmen der Opposition die Wiederaufnahme der entwicklungspolitischen Kooperation mit China, „soweit sie unmittelbar der Bevölkerung bzw. dem Schutz und der Erhaltung der Umwelt dienen sowie zur Reform der chinesischen Wirtschaft beitragen“; für solche Projekte seien auch wieder Hermes-Bürgschaften zu gewähren.

November 1990

Besuch des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Wagner in China.

20. November 1990

Unterzeichnung eines Joint-Venture-Vertrages mit VW: In Changchun sollen ab 1994 VW Golf produziert werden.

Dezember 1990

Besuch des Staatssekretärs im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit Lengli in China.

19. April 1991

Besuch des stellvertretenden Ministerpräsidenten der VR China Zhu Rongji in Deutschland.

30. Mai 1991

Eröffnung eines Hochtechnologie-Ausbildungszentrum der Siemens AG in Beijing.

12. Juni 1991

Deutsch-chinesischer Kulturaustauschplan für 1991 bis 1993 in Bonn unterzeichnet.

24. Oktober 1991

Chinas Ministerpräsident Li Peng im Gespräch mit dem Vizepräsidenten der EG-Kommission Andriessen; Thema sind die bilateralen Beziehungen zwischen der EG und China.

29. Oktober bis 2. November 1991

Der stellvertretende chinesische Ministerpräsident Zou Jiahua auf Besuchsreise in Bonn.

5. bis 7. November 1991

Im Rahmen eines Chinabesuches leitet Wirtschaftsminister Möllemann in Beijing die Sitzung des deutsch-chinesischen Wirtschaftsausschusses; beklagt wird das deutsche Außenhandelsdefizit.

Möllemann trifft ferner mit Ministerpräsident Li Peng, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Zhu Rongji und Außenminister Qian Qichen zusammen.

26. Januar bis 1. Februar 1992

Bundestagsvizepräsident Hans Klein auf Besuchsreise in der VR China.

10. bis 12. März 1992

Besuch des chinesischen Außenministers Qian Qichen in der Bundesrepublik Deutschland.

12. April 1992

Bundesumweltminister Klaus Töpfer unterzeichnet in Beijing ein Regierungsabkommen über die Sicherheit von Kernkraftwerken.

24. Juni 1992

Durch einen Beschluss des Deutschen Bundestages werden die Beschränkungen der Wirtschaftsbeziehungen zur VR China befristet bis Ende 1992 aufgehoben.

12. Juli 1992

Eine chinesische Einkaufsdelegation beendet ihren Deutschlandbesuch; das Gesamtvolumen der vereinbarten und besprochenen Handelsprojekte beläuft sich auf über 500 Mio. US\$.

31. Oktober bis 2. November 1992

Besuch von Bundesaußenminister Kinkel in Beijing. Kinkel erklärt die Normalisierung der bilateralen Beziehungen. Kinkels Zurückhaltung im Hinblick auf die Menschenrechtsfrage wird von der Opposition im Bundestag scharf kritisiert.

10. Dezember 1992

Auf Beschluss des Deutschen Bundestages werden sämtliche seit 1989 gültigen Wirtschaftssanktionen gegen die

VR China endgültig aufgehoben.

Nach chinesischen Angaben gibt es in China bis Ende 1992 insgesamt 258 Joint Ventures mit deutscher Beteiligung.

27. bis 31. März 1993

Bundeswirtschaftsminister Günter Rexrodt verabredet anlässlich seines Besuches in der VR China gemeinsame Projekte im Umfang von 1,2 Mrd. US\$.

11. bis 13. Mai 1993

Besuch des chinesischen Außenministers Qian Qichen in Deutschland; Qian unterstreicht, dass China großen Wert auf die Entwicklung der Beziehungen lege, da Deutschland der größte Handelspartner Chinas in Europa sei. Außerdem wandte er sich erneut „entschieden gegen Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder unter dem Vorwand der Menschenrechte“.

September 1993

Gründung des Asien-Pazifik-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft (APA) mit der doppelten Zielsetzung, deutsche Unternehmen zu einem stärkeren Engagement in der asiatisch-pazifischen Region zu bewegen und gleichzeitig die Rahmenbedingungen für ein solches Engagement in Deutschland und Asien zu verbessern.

23. September 1993

In Bonn unterzeichnen Außenminister Kinkel und die chinesische Ministerin für Außenhandel und wirtschaftliche Zusammenarbeit Wu Yi eine Übereinkunft über die finanzielle Kooperation zwischen Beijing und Bonn; Ministerin Wu schließt während ihres Aufenthaltes in Deutschland ferner 15 Lieferaufträge im Gesamtwert von 850 Mio. DM ab.

Oktober 1993

Die Bundesregierung veröffentlicht ihr neues Asien-Konzept, um die neuen Chancen im asiatisch-pazifischen Raum zu nutzen. Das Konzept definiert Schwerpunkte und Instrumente der Asien-Pazifik-Politik in den Bereichen Wirtschaft, wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit, Umwelt, Telekommunikation, entwicklungspolitische Zusammenarbeit, kulturelle Zusammenarbeit, Außenpolitik und Sicherheitspolitik. Den Beziehungen zur VR China wird im Konzept ein besonderes Gewicht beigemessen.

15. bis 19. November 1993

Besuch Bundeskanzler Kohls in der VR China. Kohl spricht sich für den Aufbau langfristiger, stabiler und umfassender Beziehungen aus. Seine positive Bewertung des Besuchs gründet sich vor allem auf Regierungsabkommen und Wirtschaftsvereinbarungen, die chinesische Aufträge im Wert von ca. 6,3 Mrd. DM erwarten lassen; unter anderem erhielt ein von der Siemens AG geleitetes Konsortium den Auftrag zur Erstellung eines U-Bahn-Systems in Guangzhou.

16. bis 30. Januar 1994

Besuch des Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses und stellvertretenden Vorsitzenden der KP Chinas Qiao Shi in Deutschland, der Schweiz und Österreich.

5. April 1994

Anlässlich der Chinareise des Regierenden Bürgermeisters von Berlin Diepgen wird eine gemeinsame Erklärung zur Aufnahme freundschaftlicher Partnerschaftsbeziehungen zwischen den Städten Beijing und Berlin beschlossen. In einem Memorandum über Austauschprogramme vereinbaren beide Städte eine engere Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft und Handel, Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kunst sowie im Verkehrswesen.

3. bis 9. Juli 1994

Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Li Peng in Deutschland; vereinbart werden Lieferverträge im Gesamtwert von ca. 6 Mrd. DM.

13. Juli 1994

Die Europäische Union veröffentlicht ein Asienkonzept, mit dem ein „radikales Umdenken der Strategie der EU gegenüber Asien“ eingeleitet werden soll. Das Dokument mit dem Titel „Towards a New Strategy for Asia“ soll beitragen, die europäische Präsenz in Asien zu stärken.

26. September 1994

In Bonn unterzeichnen Botschafter Mei Zhaorong und Bundesumweltminister Töpfer ein Abkommen zwischen dem chinesischen staatlichen Büro für Umweltschutz und dem deutschen Umweltministerium über Zusammenarbeit auf dem Umweltsektor.

9. Mai 1995

Unterzeichnung eines Abkommens über Seetransporte durch den chinesischen Vizeminister für Kommunikationswesen Huang Zhendong und Bundesverkehrsminister Wissmann in Beijing.

11. bis 15. Juli 1995

Staatsbesuch des Präsidenten der VR China Jiang Zemin in der Bundesrepublik.

Die Außenminister Qian Qichen und Klaus Kinkel unterzeichnen am 13. Juli ein Abkommen über die Errichtung zusätzlicher Generalkonsulate in München und Guangzhou; außerdem unterzeichnen Kinkel und die chinesische Außenwirtschaftsministerin Wu Yi am 15. Juli das „Chinesisch-Deutsche Abkommen über finanzielle Zusammenarbeit“, das der Volksrepublik eine Finanzhilfe in Höhe von 180 Mio. DM für das laufende Jahr gewährt.

Acht weitere Verträge werden im Laufe des Besuchs abgeschlossen, darunter ein Kredit über 710 Mio. DM durch die Dresdner Bank an die Bank of China sowie ein Joint-Venture-Projekt der Daimler-Benz AG für die Produktion von Nutzfahrzeugen in China mit einem Volumen von über 1 Mrd. DM.

12. bis 16. November 1995

Offizieller Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in der Volksrepublik China. Im Beisein von Kohl und Ministerpräsident Li Peng werden ein gemeinsames Memorandum über die baldige Errichtung eines Hochtechnologie-Forums sowie Übereinkünfte über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Infrastruktur, des Außenwirtschaftsrechts und über die Gründung eines gemeinsamen wissenschaftlichen Forschungs- und Austauschszentrums unterzeichnet.

1. und 2. Februar 1996

Informelles Treffen zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem chinesischen Ministerpräsidenten Li Peng im Rahmen des Asien-Europa-Gipfels in Bangkok.

6. bis 12. Februar 1996

Offizieller Besuch des stellvertretenden Ministerpräsidenten Zhu Rongji in der Bundesrepublik Deutschland. Unterzeichnung eines FZ-Abkommens über die Finanzierung der zweiten U-Bahn-Linie in Shanghai (DM 410 Mio.) sowie eines entsprechenden Finanzierungsvertrages mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (DM 780 Mio.); daneben werden Vereinbarungen über Fragen der Berufsausbildung, der Hochtechnologie, der Infrastruktur und der Zusammenarbeit zwischen kleinen und mittleren Unternehmen beider Länder getroffen.

Februar 1996

Die Regierungen der Bundesrepublik und der VR China unterzeichnen ein Abkommen über ein gemeinsames Projekt zur Anlegung von Schutzwäldern, die entlang des Yangzi im Süden der Provinz Anhui geplant sind. Die Bundesregierung sagt zu, mit einem Betrag von 12 Mio. DM etwa zwei Drittel der Kosten des Projekts zu übernehmen.

7. Mai 1996

Unterzeichnung eines Abkommens über ein gemeinsames Baumpflanzungsprojekt am Oberlauf des Baiyangdian (Hebei), des größten Sees in Nordchina. Die deutsche KfW-Bank wird mit DM 13 Mio. mehr als die Hälfte der zur Finanzierung des Projekts benötigten Mittel bereitstellen.

14. bis 17. Juni 1996

Trotz scharfer Proteste aus Beijing veranstaltet die Friedrich-Naumann-Stiftung gemeinsam mit der tibetischen Exilregierung die 2. Internationale Konferenz der Tibet-Unterstützungsgruppen in Bonn. Das Auswärtige Amt zieht die Zusage von für die Veranstaltung bereitgestellten Regierungsmitteln in Höhe von DM 290.000 zurück, um die deutsche Regierung nicht dem Verdacht auszusetzen, sie erkenne die tibetische Exilregierung an. Die chinesische Regierung verfügt im Anschluss an das Forum die vorübergehende Schließung des Büros der Friedrich-Naumann-Stiftung in Beijing.

20. Juni 1996

Der Deutsche Bundestag beschließt unter Befürwortung der Bundesregierung eine Resolution zur Menschenrechtslage in Tibet, in der u.a. dazu aufgerufen wird, den Dalai Lama bei seinen Bemühungen um kulturelle und religiöse Autonomie der Region resoluter zu unterstützen.

Daraufhin erklärt die Regierung der VR China am 24. Juni offiziell, einen für den 11. bis 14. Juli 1996 geplanten Besuch des deutschen Außenministers Kinkel in Beijing auf unbestimmte Zeit zu verschieben.

12. Juli 1996

Unterzeichnung eines Abkommens über den Aufbau eines Schulungszentrums für Drucktechnologie in Hefei (Anhui), das zur Modernisierung der chinesischen Druckindustrie mittels deutscher Techniken und Geräte beitragen

soll. Die Bundesrepublik trägt zur Errichtung des Zentrums mit 4,5 Mio. DM für Geräte und die Entsendung deutscher Experten zur Ausbildung chinesischer Lehrkräfte bei.

21. bis 24. Oktober 1996

Besuch des Bundesaußenministers Kinkel in der Volksrepublik auf Einladung seines chinesischen Amtskollegen, des stellvertretenden Ministerpräsidenten Qian Qichen. Weitere Gespräche führt Kinkel mit Staats- und Parteichef Jiang Zemin und Ministerpräsident Li Peng.

18. bis 25. November 1996

Besuch des Bundespräsidenten Roman Herzog und seiner Frau in der VR China; Herzog bereist nach einem Aufenthalt in Beijing auch die Städte Shanghai, Hangzhou und Xi'an.

In einer feierlichen Zeremonie in Beijing unterzeichnen Herzog und der chinesische Staatspräsident Jiang Zemin am 19. November drei Übereinkünfte zur technologischen Zusammenarbeit sowie einen Vertrag zur finanziellen Zusammenarbeit, der China für 1996 180 Millionen DM an Krediten gewährt.

27. November 1997

Das Ministerium für Chemische Industrie der VR China und die deutsche BASF unterzeichnen in Beijing eine Übereinkunft zur Ausweitung der beidseitigen Zusammenarbeit.

13. bis 15. Mai 1997

Vizepremier Zhou Jiahua auf Arbeitsbesuch in Deutschland.

6. bis 11. Juni 1997

Im Verlauf einer Europareise besucht Li Ruihuan, als Vorsitzender der Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes an vierter Stelle im Politbüro der KPCh, die Bundesrepublik Deutschland; in Bonn trifft er mit Außenminister Kinkel, Bundeskanzler Kohl, Bundespräsident Herzog und Bundestagspräsidentin Süssmuth zusammen.

In einem Interview mit der *Welt* äußert er sich – neben Fragen der Menschenrechte und der Rückkehr Hongkongs – auch zu den „kleinen Unruhen“ in den bilateralen Beziehungen des Vorjahres; laut Li seien die Beziehungen zu Chinas wichtigstem Handelspartner gut und würden weiter ausgebaut werden.

7. Juni 1997

Die VR China eröffnet in München ihr zweites Generalkonsulat in Deutschland.

13. Oktober 1997

Anlässlich des 25. Jahrestages der Errichtung diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und China (am 11. Oktober 1972) erscheint in der *Renmin Ribao* und der *FAZ* gleichzeitig ein von den Außenministern beider Länder gemeinsam verfasster Artikel. Bundesaußenminister Kinkel und Qian Qichen würdigen den hochrangigen Besucheraustausch und die rege Zusammenarbeit in Wirtschaft und Handel und betonen, dass die Bundesrepublik und die Volksrepublik „in vielen wichtigen Fragen gleiche oder ähnliche Ansichten vertreten“.

20. Oktober 1997

In Beijing unterzeichnen der Minister für Außenhandel und wirtschaftliche Zusammenarbeit Wu Yi und der zu Besuch weilende Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Carl-Dieter Sprange ein Abkommen über finanzielle Zusammenarbeit, in dem ein Kredit von 180 Mio. DM für das laufende Steuerjahr 1997 zugesagt wird. In einem weiteren Abkommen verpflichtet sich Deutschland, die Erstellung von Feasability Studies zur Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke Harbin-Dalian (Nordost-China) mit einer Spende von 5 Millionen DM zu bezuschussen.

18. Februar 1998

Eröffnung des Chinesisch-Deutschen Hochschulkollegs an der Tongji-Universität in Shanghai.

9. bis 10. März 1998

Besuch des Vorsitzenden der Sonderverwaltungszone Hongkong, Tung Chee-hwa, in Bonn und Frankfurt; in Bonn trifft Tung mit Bundeskanzler Kohl und Parlamentspräsidentin Süssmuth zusammen.

24. April bis 1. Mai 1998

Der deutsche Wirtschaftsminister Günter Rexrodt stattet der VR China einen einwöchigen Besuch ab.

26. bis 29. März 1999

Der chinesische Außenminister Tang Jiaxuan nutzt seine Teilnahme auf dem 2. Treffen der ASEM-Außenminister in Berlin zu einem offiziellen Besuch in der BRD; in Bonn trifft Tang mit Bundeskanzler Gerhard Schröder zusammen.

8. Mai 1999

Bei einem Bombenangriff der NATO auf Belgrad wird in der Nacht vom 7. zum 8. Mai das Gebäude der dortigen chinesischen Botschaft durch einen Raketentreffer zerstört; dabei kommen drei Menschen ums Leben, weitere 20 werden verletzt.

Die chinesische Regierung bezeichnet den Zwischenfall als eine verbrecherische Aktion der NATO.

12. Mai 1999

Bundeskanzler Schröders ursprünglich für drei Tage vorgesehener Besuch in der VR China wird als eintägiger Arbeitsbesuch wahrgenommen. In Beijing entschuldigt sich Schröder im Namen der deutschen Regierung sowie im Namen von NATO-Generalsekretär Solana „ohne Wenn und Aber“ für die Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad.

Bundeswirtschaftsminister Müller und weitere Vertreter der deutschen Wirtschaft sind entgegen der ursprünglichen Planung nicht mitgereist; zudem bleiben zwölf bilaterale Verträge, die zur Unterschrift bereitliegen, unbeachtet.

9. bis 10. Oktober 1999

Der chinesische Minister für Außenhandel und wirtschaftliche Zusammenarbeit Shi Guansheng nimmt am 2. Asia-tisch-Europäischen Wirtschaftsministertreffen in Berlin teil.

CHINA aktuell**2. bis 4. November 1999**

Im Rahmen einer zweiwöchigen Asienreise besuchen Bundeskanzler Gerhard Schröder und Bundeswirtschaftsminister Werner Müller die VR China. In Beijing trifft Schröder u.a. mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Zhu Rongji und Staatspräsident Jiang Zemin zusammen. Themen der Gespräche waren neben zweier Abkommen über Investitionen im Chemieanlagenbau mit einem Volumen von 5,9 Mrd. DM der Beitritt Chinas zur WTO sowie die Menschenrechtslage in der Volksrepublik.

5. November 1999

Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Werner Müller und der chinesische Minister für Außenhandel und wirtschaftliche Zusammenarbeit Shi Guangshen nehmen in Beijing an der feierlichen Eröffnung der Deutsch-Chinesischen Industrie- und Handelskammer teil.

25. bis 31. März 2000

Besuch des Generalstabschefs der chinesischen Volksbefreiungsarmee (VBA) Fu Quanyou bei einer Reihe von Militäreinheiten und -schulen in Deutschland; dieser erstmalige Besuch eines leitenden chinesischen Militärs wird vom Gastgeber, dem Generalinspekteur der Bundeswehr General von Kirchbach, als „Meilenstein in der Geschichte der deutsch-chinesischen Militärbeziehungen“ gewürdigt.

19. Mai 2000

Unterzeichnung des Abkommens zwischen China und der EU über den Beitritt der Volksrepublik zur WTO.

12. bis 13. Juni 2000

Besuch der Bundesministerin der Justiz, Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin in Beijing; Däubler-Gmelin nimmt dort am „1. deutsch-chinesischen Rechtsstaatssymposium“ teil.

29. Juni bis 3. Juli 2000

Deutschlandbesuch des chinesischen Ministerpräsidenten Zhu Rongji im Rahmen einer 15-tägigen Europareise. Zhu besucht in Begleitung mehrerer Minister nacheinander Berlin, Hamburg und die EXPO 2000 in Hannover, wo er sich bei einer Testfahrt mit dem Transrapid vertraut macht.

Im Mittelpunkt der Gespräche mit der deutschen Regierung stehen Wirtschaftsfragen. Sechs Kooperationsabkommen werden unterzeichnet, u.a. zu Industrie- und Technologiefragen, über einen Rechtsdialog und über eine Machbarkeitsstudie für die Magnetschwebbahn Transrapid in Shanghai.

12. Juli 2000

Unterzeichnung von vier Abkommen über technische Zusammenarbeit in Beijing; Deutschland wird China 21 Millionen DM für technische Hilfe in den Bereichen Verkehr und Umwelt bereitstellen.

15. November 2000

Nach fünfjährigen Verhandlungen unterzeichnen in Beijing der Bundesinnenminister Otto Schily und der chinesische Minister für Öffentliche Sicherheit Jia Chunwang ein bereits von der Regierung Kohl initiiertes Abkommen über die Bekämpfung des organisierten Verbrechens.

12. bis 13. Dezember 2000

Im Rahmen eines offiziellen Besuchs in Beijing führt Bundesaußenminister Joschka Fischer Gespräche mit seinem chinesischen Amtskollegen Tang Jiaxuan und dem chinesischen Ministerpräsidenten Zhu Rongji.

Außerdem eröffnet Fischer eine Konferenz über die Deutsch-Chinesische Zusammenarbeit in Umweltfragen, an der u.a. Umweltminister Jürgen Trittin und die Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Heidemarie Wieczorek-Zeul teilnehmen.

18. bis 21. Februar 2001

Als erster deutscher Politiker in dieser Funktion besucht Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping die Volksrepublik China. Er trifft sich mit Staats- und Parteichef Jiang Zemin und dem chinesischen Generalstabschef Fu Quanyou, die zugleich Vorsitzender bzw. Mitglied der einflussreichen Zentralen Militärkommission des ZK sind.

22. Juni 2001

Unterzeichnung des „Zweijahresprogramms zur Durchführung der Deutsch-chinesischen Vereinbarung zu dem Austausch und der Zusammenarbeit im Rechtsbereich vom 30. Juni 2000“ durch die beiden Rechtsstaatskoordinatoren, Bundesministerin der Justiz, Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin und Minister im Rechtsamt beim Staatsrat, Yang Jingyu.

23. bis 27. Juni 2001

Im Verlauf eines Chinabesuchs nimmt Bundesministerin der Justiz, Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin an Menschenrechtsseminar in Beijing teil.

8. bis 9. Oktober 2001

Besuch des Ministers im Rechtsamt beim Staatsrat, Yang Jingyu, zur Teilnahme am „2. Deutsch-chinesischen Rechtsstaatssymposium“ in Berlin.

31.10. bis 2. November 2001

Auf Einladung des chinesischen Ministerpräsidenten Zhu Rongji stattet Bundeskanzler Gerhard Schröder der Volksrepublik einen offiziellen Besuch ab; Stationen seiner dreitägigen Reise sind Beijing, Dalian und Shanghai. Wirtschaftliche Fragen stehen im Vordergrund seiner Gespräche.

Schröders Begleiter, Innenminister Otto Schily, trifft in Beijing erneut mit dem chinesischen Minister für Öffentliche Sicherheit Jia Chunwang zusammen, um u.a. Probleme der Terrorismusbekämpfung und internationaler Wirtschaftsverbrechen zu diskutieren.

4. November 2001

Im Verlauf eines Chinabesuchs weiht Bundestagsvizepräsidentin Dr. Antje Vollmer die neuen Räumlichkeiten des an diesem Tage in „Deutsch-chinesisches Institut für Rechtswissenschaften“ umbenannten früheren Instituts für Wirtschaftsrecht in Nanjing ein.

8. bis 11. November 2001

Offizieller Besuch des chinesischen Vizepräsidenten Hu Jintao in Deutschland.

11. Dezember 2001

Die Volksrepublik China wird als 143. Mitglied offiziell in

die Welthandelsorganisation WTO aufgenommen.

8. bis 12. April 2002

Viertägiger Besuch des chinesischen Präsidenten Jiang Zemin in der Bundesrepublik. Neben Konsultationen über die Entwicklung der deutsch-chinesischen Beziehungen mit Bundeskanzler Schröder und Bundespräsident Rau standen Besuche in Sachsen, Brandenburg und Niedersachsen auf dem Programm.

In Wolfsburg unterzeichnet Jiang einen Vertrag über die Verlängerung des Joint Ventures zwischen der Volkswagen AG und der Shanghai Automotive Industry Corporation bis zum Jahr 2030.

19. bis 23. Mai 2002

Besuch der Bundesministerin der Justiz, Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, in der Volksrepublik China. Frau Däubler-Gmelin nimmt u.a. am 3. Rechtsstaatssymposium in Beijing teil.

25. Juni 2002

Die deutsche Bundesregierung stellt in Berlin ihr neues Asienkonzept der Öffentlichkeit vor, in dem China neben Japan einen deutlichen Schwerpunkt der deutschen Strategie darstellen soll.

senschaft – Kultur, Berlin: Akademie Verlag, 1995. - 435 S.

Leutner, Mechthild (Hrsg.), „*Musterkolonie Kiautschou*“: *Die Expansion des Deutschen Reiches in China. Deutsch-Chinesische Beziehungen 1897 bis 1914*, Berlin: Akademie Verlag, 1997. - 568 S.

Machetzki, Rüdiger (Hrsg.): *Deutsch-chinesische Beziehungen. Ein Handbuch*. Hamburg: Institut für Asienkunde, 1982. - XII, 288 S.

Meißner, Werner (Hrsg.), *Die DDR und China 1949 bis 1990. Politik – Wirtschaft – Kultur. Eine Quellensammlung*, Berlin: Akademie Verlag, 1995. - 466 S.

„Zehn Jahre diplomatische Beziehungen“, in: *das neue china*, 9 (September 1982) 5, S. 6-10

* Uwe Kotzel ist Leiter der Bibliothek am Institut für Asienkunde Hamburg.

Verwendete Quellen

„Aktuelle Chronik“, in: *Asien. Deutsche Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur*, Hrsg.: Deutsche Gesellschaft für Asienkunde, Hamburg (Jahrgänge 1987-1994)

van Briessen, Fritz: *Grundzüge der deutsch-chinesischen Beziehungen*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1977. - XI, 206 S.

„China Monthly Data“, in: *China aktuell*, Hrsg.: Institut für Asienkunde Hamburg (diverse Jahrgänge)

Die Volksrepublik China 1949-1979. Eine kommentierte Chronik, Berlin (Ost): Dietz Verlag, 1980. - 364 S.

Fabritzek, Uwe G.: *Gelber Drache – Schwarzer Adler*, Gütersloh; Wien: C. Bertelsmann, 1973. - 320 S.

Franke, Wolfgang; Staiger, Brunhild, *China Handbuch*. Düsseldorf: Bertelsmann Universitäts-Verlag, 1974. - XXXI, 1767 S.

Hinz, Hans-Martin; Christoph Lind (Hrsg.), *Tsingtao. Ein Kapitel deutscher Kolonialgeschichte in China 1897-1914*, Berlin: Deutsches Historisches Museum, 1998. - 221 S.

Kuo Heng-yü; Mechthild Leutner (Hrsg.), *Beiträge zu den deutsch-chinesischen Beziehungen*, München: Minerva Publikationen, 1986 (Berliner China-Studien; 12). - 176 S.

Kuo Heng-yü; Mechthild Leutner (Hrsg.), *Deutschland und China. Beiträge des Zweiten Internationalen Symposiums zur Geschichte der deutsch-chinesischen Beziehungen Berlin 1991*, München: Minerva Publikationen, 1994 (Berliner China-Studien; 21). - 423 S.

Leutner, Mechthild (Hrsg.), *Bundesrepublik Deutschland und China 1949 bis 1995. Politik – Wirtschaft – Wis-*